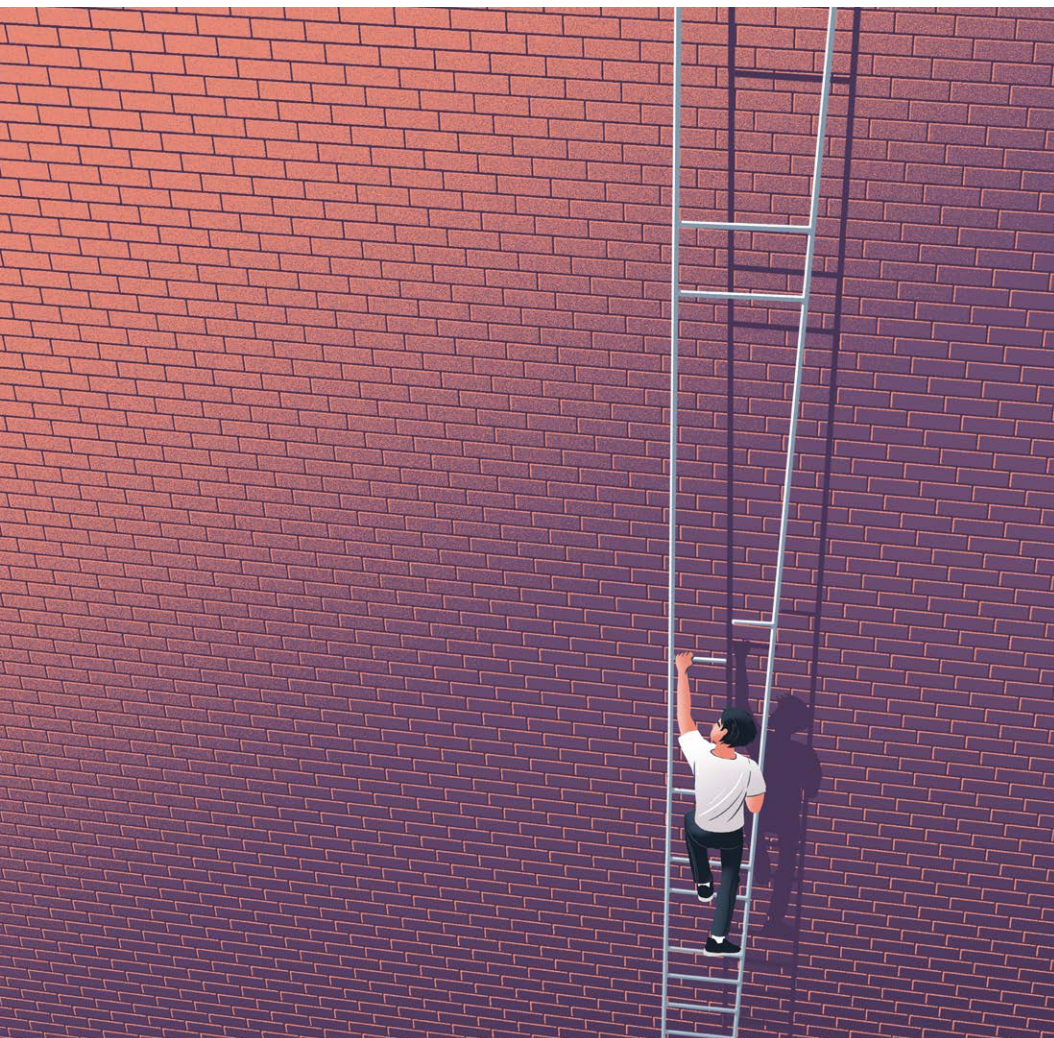


Eidgenössische Migrationskommission EKM

Jahresbericht 2023



Migration
im Fokus



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM

Inhalt

3	<i>Vorworte</i>
8	<i>Themen und Aktivitäten</i>
10	<i>Schutz</i>
12	<i>Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz</i>
13	<i>Bürgerrechte</i>
14	<i>Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz</i>
15	<i>Migration und Bildung</i>
16	<i>Kinder und Migration</i>
17	<i>Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik</i>
18	<i>Integrationsförderung</i>
22	<i>Veranstaltungen</i>
26	<i>Information der Öffentlichkeit</i>
28	<i>Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt</i>
32	<i>Netzwerkpflege, Arbeitsgruppen und Beiräte</i>
34	<i>Geschäftsstelle</i>
35	<i>Mitglieder</i>



Vorwort

Walter Leimgruber

Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Migrationsthemen bestimmen Wahlen. Und das in praktisch allen Ländern Europas. Die Menschen machen sich Sorgen über die Zuwanderung, über die Integration. Und sie tendieren dazu, jenen die Stimme zu geben, die schnelle und einfache Lösungen anbieten. Lösungen, die kaum funktionieren werden, die aber verlockend sind. Dass es so gekommen ist, ist die Folge vielfältiger Faktoren:

- Die Regierungen Europas schaffen es nicht, ihren Bürgerinnen und Bürgern einsichtig zu machen, dass sie über eine kohärente Migrationspolitik verfügen und dass sie die Migrationsbewegungen kontrollieren. Der Eindruck von Überforderung, fehlender Kontrolle und Chaos ist für viele Menschen bestimmend geworden.
- Diejenigen Parteien, die nicht ohnehin alle Probleme der Migration anlasten, haben kaum alternative Lösungen anzubieten. Das Schönreden von Problemen, z. B. im Zusammenhang mit Kriminalität oder Gewalt wie etwa in Schweden oder Frankreich, verstärkt den Vertrauensverlust in der Bevölkerung.
- Bestimmte Einwanderungsgruppen sind mit ihren Forderungen nach dem Ende von Diskriminierungen und der Akzeptanz von Diversität bisweilen wenig glaubwürdig, wenn sie zugleich illiberale und geschlechterdiskriminierende Vorstellungen und Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen (z. B. Juden, LGBTQIA+) vertreten.

Es ist einzugestehen, dass es keine schnellen und einfachen Lösungen geben kann (gibt es die in irgendeinem gesellschaftlichen Bereich noch?). Umso mehr müsste man den Mut haben, Lösungsansätze neu zu denken:

- Macht es Sinn, einfach zu warten, bis Menschen es irgendwie nach Europa geschafft haben, und dann Asylverfahren zu eröffnen? Für viele Verfolgte dürfte das ohnehin kaum möglich sein. Warum also nicht dort aufnehmen, wo diese Menschen leben, in Flüchtlingslagern etwa? Und die Verfahren nicht erst durchführen, nachdem Menschen Tausende von Kilometern zurückgelegt, ihr ganzes Geld ausgegeben und furchtbare Erfahrungen gemacht haben, sondern möglichst nahe am Herkunftsland, mit Resettlement, Botschafts asyl, humanitären Visa und ähnlichen Aufnahmeformen?
- Macht es Sinn, so dichotomisch zwischen offenen Grenzen und geschlossenen Grenzen, zwischen EU und Drittstaaten, zwischen Arbeitsmigration und Fluchtmigration zu unterscheiden? Sehen wir nicht vielfältige Zwischenformen, die mit dem Klimawandel in Zukunft noch zunehmen werden? Sehen wir nicht Arbeitsmarktprobleme, die neue Ansätze verlangen? Und sehen wir nicht zunehmend eine Auflösung zwischen den individuellen Fluchtgründen, die alleine zum Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention berechtigen, und kollektiven Gründen, die immer häufiger werden – und die oft zu seltsamen Zwischenlösungen wie der «vorläufigen Aufnahme» führen, welche die Menschen ohne Perspektive in einem undefinierten Nirgendwo lassen?
- Sollten daher die vielen kaum mehr zu verwaltenden Aufenthaltstitel und -kategorien im Asylbereich nicht radikal vereinfacht werden?
- Wäre es nicht an der Zeit, den Ländern mit migrationswilliger Bevölkerung verschiedene Migrationsmöglichkeiten zu bieten, mit Gruppen, die man aus wirtschaftlichen Gründen aufnimmt, auch dort oder hier ausbildet? Wäre es nicht an der Zeit, umgekehrt ebenso klar eine Rückkehr aller Personen zu verlangen, die keine Aufenthaltsbewilligung erhalten?
- Wäre es nicht an der Zeit, die Zusammenhänge zwischen Sozialstaat und Migration neu zu denken, indem man z. B. weniger ausschliesslich in finanziellen Abgeltungen denkt, vielmehr Personen, die Ausbildung und Arbeit benötigen, systematisch betreut und coacht?

Nein, auch mit diesen Ansätzen würden die Probleme nicht auf einen Schlag verschwinden, vor die uns die Migration stellt. Wunder sind keine zu erwarten, mit keinem Lösungsvorschlag. Dafür sind die Probleme zu komplex. Und Wunder sind auch nicht zu erwarten in Bezug auf die politische Akzeptanz von Lösungsvorschlägen. Denn das ritualisierte Beschwören unrealistischer Maximalforderungen ist politisch wesentlich einfacher als die Knochenarbeit des Aushandelns von pragmatischen Lösungen. Gerade auch dann, wenn die Betroffenen zum grossen Teil politisch nicht mitbestimmen dürfen.

Mit neuen Ansätzen würde sich aber immerhin etwas bewegen. Und das wäre der erste Schritt, um der Bevölkerung wieder den Eindruck zu vermitteln, dass Lösungen möglich sind.

Eine Kommission wie die EKM kann einen Beitrag leisten, indem sie Optionen aufzeigt und unabhängig von politischen Grabenkämpfen Vorschläge erarbeitet, die das eine oder andere Problem einen Schritt näher an eine Lösung heranbringen.

So kann die Debatte um Migration von den vielen politischen Glaubenssätzen entrümpelt und stattdessen wieder zum Ort der politischen Auseinandersetzung werden.



Vorwort

Elham Manea

Vizepräsidentin der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Das Ziel der EKM ist es, eine Migrationspolitik zu entwickeln, welche auf die Gegenwart reagiert, die Zukunft antizipiert und auch sachlich, mitfühlend und integrativ ist.

Ich lasse mich von zwei Perspektiven inspirieren: Die erste betont die Notwendigkeit, angesichts der globalen Herausforderungen zu erkennen, dass wir miteinander verbunden sind. Das Konzept der Permakrise definiert unser Zeitalter und unterstreicht, dass wir uns in einem permanenten Krisenzustand befinden, der kollektive Lösungen erfordert. Die Warnungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Internationalen Organisation für Migration vor den Auswirkungen des Klimawandels auf die Migration sind eindringlich. Sie erinnern uns daran, dass unsere Rolle über den nationalen Rahmen hinausgeht, um die Fluchtursachen durch globale und gemeinsame Lösungen anzugehen.

Die zweite Perspektive konzentriert sich auf die vielfältigen Erfahrungen von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen. Ihre Herausforderungen, sei es geschlechtsspezifische Verfolgung oder rechtliche Komplexität, erfordern einen differenzierten und umfassenden Ansatz. Die ukrainische Flüchtlingskrise und die Gender-Apartheid in Afghanistan haben deutlich gemacht, dass besondere Massnahmen zum Schutz gefährdeter Gruppen notwendig sind, und die Integrationsprobleme von Flüchtlingsfrauen gezielte Massnahmen erfordern.

Die Zukunft bringt Herausforderungen und Chancen. Unsere Rolle bei der Gestaltung einer Politik, die Rechte respektiert, Integration fördert und Beiträge anerkennt, bleibt entscheidend.

Abschliessend möchte ich meine Besorgnis über eine gewisse negative Wahrnehmung der Rolle der EKM zum Ausdruck bringen. Ich habe ihre Bedeutung unterstrichen. Es scheint jedoch, dass ihre Expertise und ihr Beitrag im weiteren Sinne nicht allgemein anerkannt werden. Dies stellt eine grosse Herausforderung für die weitere Entwicklung der EKM dar. Die wichtigste Aufgabe ist die Sicherstellung der Anerkennung ihrer Rolle als wichtiger Aktivposten bei der Bewältigung der aktuellen Migrationsprobleme sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch die Institutionen. Um einen sachkundigeren und konstruktiveren Dialog über die Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen, zu fördern, ist diese Anerkennung unerlässlich.



Vorwort

Etienne Piguet

Vizepräsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Wenn ich eine wichtige Entwicklung benennen müsste, die mir in den vergangenen zwölf Jahren in der Migrationspolitik aufgefallen ist, würde ich dafür den absolut unübersetzbaren Neologismus *douxrçissement* verwenden («weiche Härtung» trifft die Sache nicht ganz). Auch Oxymoron wäre denkbar, was den Vorteil hat, dass es im Deutschen identisch ist, *ossimoro* im Italienischen.

Es handelt sich um eine Entwicklung, bei der Restriktion und Offenheit, Sanftheit und Härte als widerstreitende Kräfte nebeneinander bestehen. Die Folge dieser gegensätzlichen Dynamiken ist, dass die Ergebnisse der jeweiligen Politiken schwierig zu fassen sind. Daraus ergeben sich konträre Lesarten dieser Politiken: Während bestimmte Kreise eine übertriebene Abschottung anprangern, kritisieren andere dasselbe Vorgehen als *Laissez-faire*-Politik.

Tatsächlich zeichnen die meisten internationalen Versuche, die restriktive Entwicklung der Migrationspolitik wissenschaftlich zu messen und zu vergleichen, das Bild einer erstaunlichen Stabilität – sei es im Bereich Asyl, bei der Zulassung von Arbeitskräften, der Integration oder beim Zugang zu politischen Rechten¹⁾. Gleichzeitig werden im Einzelnen zahlreiche Massnahmen ergriffen, die für sich genommen restriktiv oder progressiv sind.

¹⁾ <https://migrationresearch.com/migration-policy-indicators>

²⁾ <https://asile.ch/statistique/besoin-de-protection/>

³⁾ Cf. Etienne Piguet, *L'immigration en Suisse – soixante ans d'entrouverture*, PPUR, Lausanne.



Nehmen wir drei Beispiele:

- In der Asylpolitik ist in vielen Bereichen eine konstante Verschärfung zu beobachten. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu Europa. Aber gleichzeitig haben die Gerichte die ursprüngliche Flüchtlingsdefinition von 1951, die sich auf individuelle Verfolgung konzentrierte, über die Jahre erweitert. Die aktuelle Bilanz: Noch nie hat Europa so vielen Menschen Schutz geboten, und noch nie hat Europa den Zugang so sehr beschränkt. Auch in der Schweiz sind die Schutzquoten im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich gestiegen – über 80% der bearbeiteten Anträge werden angenommen²⁾ –, gleichzeitig werden grosse Anstrengungen unternommen, damit die Länder an den EU-Aussengrenzen Asylbewerber und Asylbewerberinnen abschrecken.
- In der Zulassungspolitik wird das Jahr 2023 dadurch gekennzeichnet sein, dass auf Entscheid des Bundesrats eine Schutzklausel beibehalten wurde, die die Arbeitsmigration aus Kroatien – einem EU-Staat – bremst. Und durch unverrückbare Quoten von einigen Tausend Einreisen für Nicht-Europäer und Nicht-Europäerinnen. Trotzdem wird der vom Bundesamt für Statistik bekannt gegebene Migrationssaldo alle historischen Rekorde der 1960er-Jahre bei weitem übertreffen.
- Was die Einbürgerungen betrifft, deuten die Zahlen für 2023 trotz eines deutlich restriktiver gewordenen Gesetzes auf eine Rückkehr zu den erhöhten Niveaus vor der Verschärfung von 2018 hin – allerdings mit einer grösseren Selektivität, die bestimmten Gruppen den Weg zum Schweizer Pass versperren könnte.

Was lässt sich daraus schliessen? Dass die Schweiz, wie in der Vergangenheit, zwischen Öffnung und Schliessung steht³⁾. Dass diejenigen, die lautstark vermeintlich offene Grenzen anprangern, sich irren. Genauso wie diejenigen, die die Schweiz als strukturell migrationsfeindlich ansehen. Beide Gruppen sind historisch kurzsichtig.

Themen und Aktivitäten

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM wurde bis Ende 2023 vom Präsidenten Walter Leimgruber geleitet. Sie besteht aus dreissig Migrations-Expertinnen und Migrations-Experten. Die dazugehörige Geschäftsstelle wird von Bettina Looser geführt. Das Präsidium, die Mitglieder der Kommission, die Geschäftsstelle und verschiedene Exponentinnen und Exponenten aus Politik, Behörden und Wissenschaft befassten sich 2023 in Plenarsitzungen, Expertengremien, Arbeitsgruppen und an Veranstaltungen mit vielfältigen und aktuellen Fragen rund um migrations- und integrationspolitische Fokusthemen.

Plenarsitzungen

Die Kommission versammelte sich 2023 mehrmals im Plenum: am 10. März 2023 in Bern, am 27. und am 28. Juni 2023 in Bergün und am 12. Dezember 2023 in Bern.

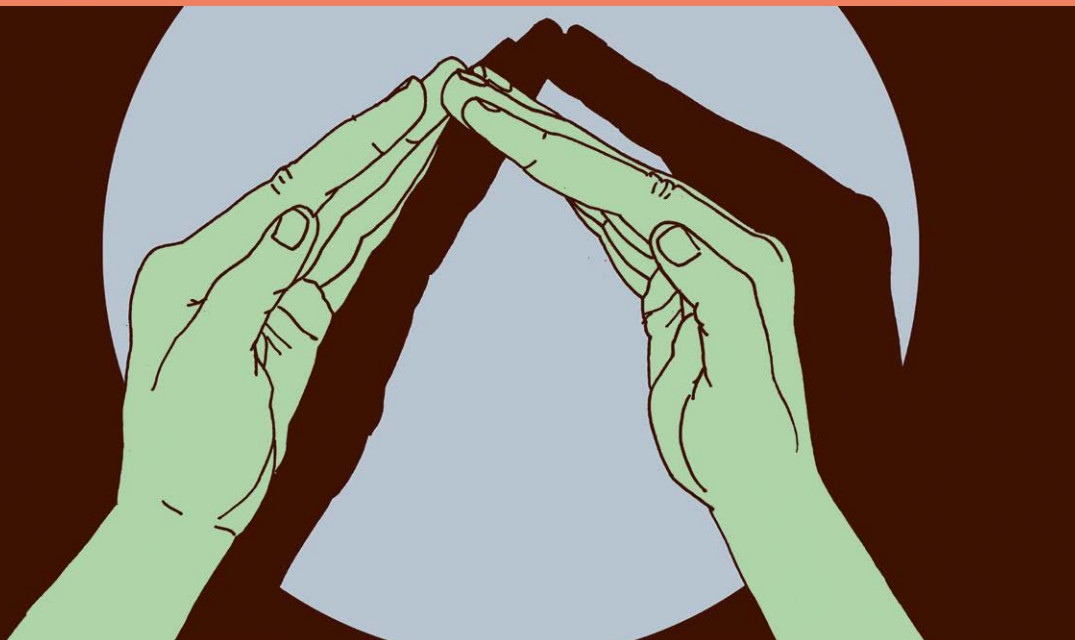
Unter Einbezug der Expertise der Kommissionsmitglieder wurden in den EKM-Plenarsitzungen mehrere Fokusthemen diskutiert und mit weiteren Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik vertieft.

Fokusthemen 2023

- Schutz
- Soziale Sicherheit
- Bürgerrechte
- Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz
- Migration und Bildung
- Kinder und Migration
- Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik







Schutz

Schutz für Personen auf der Flucht

Auf der Grundlage der Diskussionen einer EKM-internen Arbeitsgruppe im Vorjahr aktualisierte und erweiterte die EKM ihre Empfehlungen zum Thema Schutz aus dem Jahr 2016. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM plädiert darin für die Einführung eines komplementären Schutzstatus. Um Personen auf der Flucht besser zu schützen, braucht es zudem eine intensivere internationale Zusammenarbeit, sichere Zugangswege sowie die Förderung der Integration für alle. Die [Empfehlungen](#) wurden 2023 veröffentlicht.

Komplementäre Zugangswege zu Schutz

Zum Thema der komplementären Zugangswege wurde an der Plenarsitzung im März 2023 der Austausch mit Personen gesucht, welche die Flucht aus Afghanistan erlebt hatten, und mit Menschen, die sie dabei unterstützten. Sabine Haupt, Literaturprofessorin und Leiterin des Schweizer PEN-Clubs, konnte mit Unterstützung des Deutschschweizer PEN-Zentrums das Leben von Dutzenden afghanischen Intellektuellen retten. Mit grossem Engagement arbeitet sie darauf hin, dass Menschen wie die Journalistin Shabnam Simia, welche über den Neffen eines Taliban-Kommandanten recherchierte, sowie der Wissenschaftler Atiq Arvand, welcher zur linken Geschichte Afghanistans forschte, kurz vor dem Fall Kabuls heimlich die Grenze überqueren und mit einem humanitären Visum sicher in die Schweiz einreisen konnten.

Auch David Di Santo vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) beteiligte sich am Austausch zu komplementären Zugangswegen und stellte seine Arbeit an der Plenarsitzung im Juni 2023 vor. Er ist am Aufbau des Pilotprogramms Students at Risk (StaR) beteiligt: Mittels einer Einzelfallbeurteilung soll über dieses Programm Studierenden oder Doktorierenden aus Krisengebieten über den Weg der Bildung Zugang zu Schutz ermöglicht werden.

Resettlement

Am 15. Juni nahm der Ständerat die Motion 23.3096 Hannes Germann mit 26 zu 18 Stimmen an. Dieser will den Bundesrat verpflichten, in den Jahren 2024 und 2025 auf die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen zu verzichten. Bereits am 14. Juni hatte der Nationalrat jedoch eine gleichlautende Motion 23.3072 der SVP zur Aussetzung des Resettlement-Programms abgelehnt und lehnte auch die Motion 23.3096 Germann am 19. Dezember ab.

Der Bundesrat gab an seiner Sitzung vom 16. Juni grünes Licht für das Resettlement-Programm der Jahre 2024 und 2025. In diesem Zeitraum wird die Schweiz bis zu 1600 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen, die sich in prekären Lagen in Erstaufnahmeländern befinden. Das Programm soll jedoch erst nach Absprache mit den Kantonen und Gemeinden aktiviert werden und unter der Voraussetzung, dass sich die Situation bei der Unterbringung und Betreuung von Personen aus dem Asylbereich deutlich entspannt hat.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Resettlement des SEM wurde die EKM über die Pläne des Bundesrats informiert. Die EKM stellte sich auf den Standpunkt, dass die Wiederaufnahme des Resettlement-Programms ein wichtiges Element zum Schutz von Geflüchteten darstellt und deshalb unbedingt weitergeführt werden sollte.

Humanitäre Visa für Geflüchtete

Im Juni 2023 kündigte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider an, dass sie die Bedingungen für die Vergabe von humanitären Visa lockern will. Die Pläne wolle sie mit dem Bundesrat besprechen und generell ausloten, was rechtlich und politisch in diesem Bereich machbar ist.

Die EKM stellte dem Generalsekretariat EJPD ein unveröffentlichtes Grundlagenpapier zur Verfügung, welches sie für die Anhörung in der SPK-S (Staatspolitische Kommission des Ständerats) zum Thema «Botschafts asyl und/oder erweiterte humanitäre Visa: ein notwendiger Bestandteil eines kohärenten Schutzsystems?» erstellt hatte.





Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz

«Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» war das Thema der EKM Jahreskonferenz 2023. Die EKM diskutierte an ihrer Jahreskonferenz die individuellen und gesellschaftlichen Aspekte sozialer (Un-)Sicherheit in der Schweiz. Forschende, Armutsbetroffene sowie Expertinnen und Experten aus Praxis und Politik identifizierten Herausforderungen und entwickelten Lösungsansätze. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider hielt die Auftaktrede.

Armut ist kein Verbrechen

Soziale Rechte sind für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgestaltet. Ungleichbehandlungen gibt es beispielsweise beim Zugang zu Sozialhilfe.

Nationalrätin Samira Marti sorgte mit ihrer Initiative «Armut ist kein Verbrechen» dafür, dass dieses Thema auch 2023 auf der Agenda der Politik stand. Am 29. April stellte sich die SPK-N zum zweiten Mal in Folge hinter die Initiative. Die Kommission gab damit ihrem Willen Ausdruck, dass Sozialhilfebezüge nicht mit Aufenthaltsbewilligungen verknüpft werden sollen.

Am 12. Juni 2023 machte schliesslich auch der Ständerat den Weg frei: Ausländerinnen und Ausländer, die zehn Jahre oder länger im Land leben und unverschuldet Sozialhilfe beziehen, sollen deswegen ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr aufs Spiel setzen müssen. Nach dem Ja des Ständerates kann seine Staatspolitische Kommission nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Die EKM beobachtete und unterstützte diesen Prozess.

Bürgerrechte

Die Bürgerrechte umfassen neben den politischen Rechten auch soziale und bürgerliche Rechte. Durch die Einbürgerung werden Ausländerinnen und Ausländer zu Schweizer Staatsangehörigen, was ihnen Zugang zu den vollen Bürgerrechten gewährt. Die EKM legte einen Fokus 2023 auf Fragen rund um die ordentliche Einbürgerung.

Studie zur ordentlichen Einbürgerung

Die EKM wollte wissen, wie sich das neue Bürgerrechtsgesetz auf die ordentliche Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern auswirkt. Sie gab deshalb eine Studie in Auftrag: Philippe Wanner, Demograf an der Universität Genf, Rosita Fibbi, Soziologin an der Universität Neuenburg, und Barbara von Rütte, Rechtswissenschaftlerin an der Universität Basel und EKM-Mitglied, zeigen darin auf, dass das Bürgerrechtsgesetz, das am 1. Januar 2018 in Kraft trat, noch selektiver wirkt als das frühere Bürgerrechtsgesetz aus dem Jahr 1952. Die nach neuem Recht eingebürgerten Personen verfügen über signifikant mehr kulturelles und ökonomisches Kapital. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen aus finanzschwachen und bildungsfernen Verhältnissen eingebürgert werden, ist markant gesunken. An der Juni-Plenarsitzung in Bergün stellte Rosita Fibbi die Ergebnisse der Studie vor. Anschliessend diskutierten die EKM-Mitglieder mögliche Wege zu einem inklusiveren Bürgerrecht.

Die Studie Wanner/Fibbi/Rütte zur ordentlichen Einbürgerung wird im Frühling 2024 veröffentlicht.

Soziale und politische Integration im Kanton Graubünden

An der Plenarsitzung in Bergün tauschte sich die Kommission zudem mit Personen aus Verwaltung und Politik aus. Felix Birchler, Leiter Fachstelle Integration, und Jon Peider Arquint, Leiter der Abteilung Bürgerrecht und Zivilrecht im Amt für Migration und Zivilrecht, legten dabei die migrations- und integrationspolitischen Herausforderungen im Kanton Graubünden dar. Nationalrat Jon Pult ergänzte die Analysen seiner Vorredner, indem er die Zuhörenden anhand von fünf Thesen ermutigte, positive Erzählungen zu Migration und Integration zu wagen.





Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz

2023 hat die EKM das Fokusthema «Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz» diskutiert. An den Plenarsitzungen wurden verschiedene Zugänge zu diesem Thema beleuchtet.

Thematik Nachdruck zu verleihen. Mit einem Monitoring wird die Umsetzung der Massnahmen überwacht und die Wirkung evaluiert. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, dass Diversität und Inklusion aus dem HR-Kontext herausgelöst und in der Organisation als Ganzes verankert werden.

Diversität in den Förderprogrammen der EKM

Vjosa Gërvalla, Direktorin von albinfo.ch, ging an der Plenarsitzung im März auf die Bedeutung der Diversität im Projekt «La Voix de la Diversité» ein, welches durch das Programm im «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» gefördert wird. Sie zeigte auf, wie das Projekt mit unterschiedlichen jungen Menschen zusammenarbeitet und sie ermutigt, ihre vielfältigen Stimmen im öffentlichen Raum einzubringen. La «Voix de la Diversité» möchte junge Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen befähigen, die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitzugestalten. Das Projekt zeigt auf, dass Unterschiede eine demokratische Gesellschaft bereichern.

Diversität in der Bundesverwaltung

Liliane Meyer Pitton, Beauftragte für Diversität und Inklusion im Staatssekretariat für Migration SEM, berichtete an der Plenarsitzung im Juni über die Entwicklungen im SEM. Diversität wurde neu in die Strategie des SEM integriert, und es wurden Massnahmen getroffen, um der

Diversität in den Institutionen

An der Plenarsitzung im Juni analysierten die EKM-Mitglieder das Thema Diversität in den Kontexten, in denen sie sich beruflich engagieren. Sie diskutierten, welche Massnahmen geeignet sind, um Diversität zu fördern. Die Arbeit mündete an der Plenarsitzung im Dezember in einem EKM-Grundsatz, der in konziser Form festhält, welche Haltung die EKM in diesem Bereich vertritt.

Diversität in gesellschaftlichen Debatten

Kijan Espahangizi, Privatdozent am Historischen Institut der Universität Zürich, stellte an der Plenarsitzung im Dezember seine Thesen zur Frage der migrationsbezogenen Diversität vor. Er präsentierte dabei das Konzept der Deep Diversity. Diversität und Integration sind demnach keine gegenläufigen Idealzustände, sondern gekoppelte gesellschaftliche Transformationsprozesse mit Chancen und Risiken. Er regte an, nicht von fixen Zielvorstellungen auszugehen, sondern eine fragende Haltung einzunehmen.



Migration und Bildung

Zugang zum Studium für Geflüchtete

Mit seiner Arbeit leistet der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) einen Beitrag zu einer Schweiz, die das Potenzial ihrer Einwohnerinnen und Einwohner anerkennt, fördert und nutzt. Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Verband auch dafür, dass qualifizierte Geflüchtete an Schweizer Hochschulen studieren können. 2023 startete im Rahmen des Projekts «Perspektiven – Studium 3.0» eine Partnerschaft zwischen der EKM und dem VSS.

Die Partnerschaft

- vertieft die bisherigen Formen der Zusammenarbeit;
- erweitert die Möglichkeiten der Studierendenschaften bei der Begleitung und Unterstützung von Geflüchteten;
- ermöglicht es den Betroffenen, sich in die Diskussionen einzubringen;
- unterstützt die Verankerung von akademischen Brückenangeboten in den Hochschulstrukturen und trägt damit zur nachhaltigen Verbesserung des Hochschulzugangs für Geflüchtete bei.

Berufsbildung für jugendliche Sans-Papiers und Jugendliche in der Nothilfe

Mit beinahe unüberwindbaren Hürden sind Sans-Papiers-Jugendliche und Jugendliche in der Nothilfe auf dem Weg zur Berufsbildung konfrontiert. Mit dem Ziel, auf die Hindernisse aufmerksam zu machen, nahm die Eidgenössische Migrationskommission EKM ausführlich [Stellung](#) zur geplanten Änderung von Art. 30a der Verordnung über Zuwanderung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE). Die dort angestrebten Vorschläge gehen aus ihrer Sicht zwar in die richtige Richtung, sind jedoch viel zu zaghaft, als dass sie die nötige Wirkung erzielen könnten. Um im Bereich der Bildung allen Jugendlichen die gleichen Chancen zu bieten, sind viel umfassendere Massnahmen nötig. In ihrer Stellungnahme skizziert die Kommission die dafür nötigen Lösungsansätze.

Kinder und Migration



Versteckte Kinder

Der 2023 erschienene Dokumentarfilm «Im Land der verbotenen Kinder» (2023) beleuchtet ein dunkles Kapitel der Schweizer Ausländerpolitik: den Umgang mit den Saisonier-Arbeiterinnen und -Arbeitern und ihren Familien. In der Diskussion an der Plenarsitzung im März 2023 mit den Filmemachern Jörg Huwylar und Beat Bieri und mit dem einstmals betroffenen Psychotherapeuten Egidio Stiliano und der Psychologin Marina Frigerio, welche die Folgen des Saisonierstatuts am eigenen Leib erfahren haben oder ihre Schicksale aus nächster Nähe kennen, wurden die Herausforderungen bei der Aufarbeitung und die Rolle, welche die EKM dabei spielen könnte, diskutiert.

An der Plenarsitzung im Dezember 2023 präsentierte Kristina Schulz, Historikerin an der Universität Neuenburg, den aktuellen Stand ihrer Forschung zu «versteckten Kindern». Sie hat das Thema aus einer historischen Perspektive aufgearbeitet und zeigte Möglichkeiten auf, welche Schlüsse für die Gegenwart gezogen werden könnten.

In dieselbe Richtung zielt das Postulat 23.4509 «Aufarbeitung des Saisonierstatuts und seiner Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und ihre Familien», welches Nationalrätin Irène Kälin am 22. Dezember 2023 eingereicht hat. Dieses beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie die Geschichte des 2002 abgeschafften Saisonierstatuts in der Schweiz und seine Folgen als Teil der neueren Schweizer Geschichte aufgearbeitet werden können. Der Fokus soll dabei auf den betroffenen Kindern und ihren Familien liegen. Die EKM wird sich 2024 weiter mit diesem Thema beschäftigen.

Unbegleitete minderjährige Personen

Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen, die in der Schweiz Schutz suchen, stieg auch 2023 deutlich an. Claudio Martelli, Stellvertretender Direktor, und Marcel Suter, Vizedirektor des Staatssekretariats für Migration SEM, legten in der Plenarsitzung im Juni 2023 die Herausforderung dar, mit welcher die Verwaltung bei der Unterbringung dieser unbegleiteten Kinder und Jugendlichen konfrontiert ist. Unter anderem berichteten sie, dass es zunehmend schwierig geworden sei, genügend sozialpädagogisch ausgebildete Bezugspersonen zu finden. Dies bewog die Verwaltung, alternative Betreuungsmodelle zu entwickeln.

Barbara von Rütte, Kommissionsmitglied und Rechtswissenschaftlerin an der Universität Basel, ordnete die Situation von unbegleiteten Minderjährigen zudem aus einer kinderrechtlichen Perspektive ein.

Kinder in der Nothilfe

Wer sich mit einem abgewiesenen Asylgesuch weiterhin in der Schweiz aufhält und in der Nothilfe landet, lebt in «regulärer Illegalität». Für Kinder ist das Leben mit Nothilfe schwierig, darüber sind sich Fachleute einig. Mit Blick auf die Unterbringung und Betreuung von Kindern in der Nothilfe unterscheiden sich die kantonalen Praxen jedoch beträchtlich.

Patricia Lannen, Leiterin Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI), erarbeitete im Auftrag der EKM eine Studie, welche das Augenmerk auf die Perspektive der Betroffenen legt und die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe systematisch dokumentiert. Diese befindet sich 2023 in der Abschlussphase. 2024 wird eine Arbeitstagung im Sinne einer Mediation mit diversen Stakeholdern folgen, welche gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe zum Ziel hat. Der Bericht des MMI wird erst danach veröffentlicht werden.

Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik

Global Refugee Forum 2023

Vom 13. bis 15. Dezember 2023 fand in Genf das [Global Refugee Forum](#) auf Ministerebene statt. Da es für besseren Flüchtlingsschutz alle an einem Tisch braucht, waren neben Vertreterinnen und Vertretern aus allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft eingeladen («whole of society approach»).

Aufbauend auf den Fortschritten des ersten Forums im Jahr 2019, bot das zweite Globale Flüchtlingsforum den Teilnehmenden die Möglichkeit, neue finanzielle Beiträge oder Programme zu präsentieren und Erfahrungen mit verschiedenen «Good Practices» im Bereich der Umsetzung des Globalen Flüchtlingspaktes auszutauschen.

Die Zusammensetzung der Schweizer Delegation folgte dem Prinzip des «whole of society approach». Die Geschäftsführerin Bettina Looser vertrat die EKM. Die Kommission wurde ausserdem als «[Good Practice](#)» vorgestellt.

Ausloten von möglichen Beiträgen der EKM an der Schnittstelle von Aussen- und Innenpolitik

Im November 2023 fand die von der Comenius-Universität Bratislava und von Unicef organisierte Konferenz zum Thema «Bridging Academia and Humanitarian Response to Support Children and Vulnerable Population» statt. Die Geschäftsführerin der EKM Bettina Looser besuchte diese als Vertreterin aus der Schweiz. Im Kontext dieses Besuchs konnte sie sich zudem zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Schweizer Botschafter Jürg Schneider in der Slowakei treffen, um mögliche Beiträge der EKM im Rahmen einer länderübergreifenden thematischen Zusammenarbeit zu besprechen.

Die Geschäftsführerin traf sich im Anschluss daran in Wien mit der Schweizer Botschafterin in Österreich, Salome Meyer, um mögliche Beiträge der EKM an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik gemeinsam auszuloten. Dabei wurden die beiden Themen «Hochschul- und Berufsbildungszugang von Geflüchteten» sowie «Kulturelle Teilhabe in der Migrationsgesellschaft» als jene zwei Bereiche identifiziert, in welchen die EKM ihre Expertise einbringen könnte.





Integrationsförderung

Die Integrationsförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie findet primär in den Schulen, bei der Arbeit, in der Berufsbildung und anderen Regelstrukturen statt. Bund, Kantone und Gemeinden setzen zusätzliche Mittel für die spezifische Integrationsförderung ein. Damit ergänzen und unterstützen sie die Angebote der Regelstrukturen und schliessen Lücken.

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM und das Staatssekretariat für Migration SEM fördern im Rahmen ihrer spezifischen Integrationsförderung deshalb Projekte und Programme von nationaler Bedeutung in Ergänzung zu den kantonalen Integrationsprogrammen KIP.

Bei der EKM laufen zurzeit folgende Programme: das Programm zur Förderung der politischen Partizipation «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» sowie das Programm zur Förderung der kulturellen Teilhabe «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe».

Vorbereitung und Neulancierung der Förderprogramme der EKM (Programmphase 2024–2027)

2023 traf die Geschäftsstelle umfangreiche Vorbereitungen, damit die beiden laufenden Programme ab 2024 neu lanciert werden können: So wurden sämtliche Kommunikationsmittel und Grundlagendokumente sowie Kriterienlisten neu erstellt, das Portal für die Eingabe neuer Projektgesuche benutzerfreundlicher gestaltet und die Websites überarbeitet. Zudem

wurden neue Broschüren und Flyer für Projektträgerschaften und weitere interessierte Kreise erstellt. Alle Dokumente und Unterlagen stehen in Deutsch und Französisch und neu auch in Italienisch zur Verfügung. Ausserdem wurden sehr umfangreich die operativen Zusammenarbeitsprozesse und Schnittstellen mit den entsprechenden Abteilungen beim Staatssekretariat für Migration SEM optimiert.



Begleitung und Qualitätskontrolle der laufenden Projekte

Parallel zu den Vorbereitungen für die Neulancierung der beiden Förderprogramme unterstützt die Geschäftsstelle kontinuierlich die zahlreichen bereits laufenden Projekte. Neben der Qualitätskontrolle und dem Monitoring der Projektumsetzung leistete die Geschäftsstelle auch Prozessbegleitung für Projekte, die dies anfragten (Unterstützung bei der Aufsetzung oder Anpassung der Planungsinstrumente, Berichterstattung usw.). Der für 2023 vorgesehene Förderkredit wurde vollständig ausgeschöpft.

Die Listen der geförderten Projekte in den Programmen «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» und «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» sind auf der Website der EKM abrufbar.

Werkstatt «Citoyenneté»

Die Projektträgerschaften trafen sich mit der EKM im Mai 2023 zur Werkstatt «Citoyenneté», um gemeinsam Lösungsansätze für folgende Themen zu entwickeln:

- Verbesserung des Zugangs zur Projektförderung
- Erweiterung der Austauschmöglichkeiten
- Erhöhung der Visibilität des Programms

Zahlreiche Projektträgerschaften beteiligten sich am Austausch.

Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

Im Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» steht die politische Partizipation der Migrationsgesellschaft Schweiz im Fokus. Das Ziel des Programms ist es, das Engagement aller für die Gesellschaft zu fördern und allen die aktive Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen.

Für die Eidgenössische Migrationskommission EKM ist es wesentlich, dass möglichst breite Bevölkerungskreise in die Gestaltung der politischen Prozesse eingebunden werden. Sie ist überzeugt, dass die demokratisch verfasste Schweiz darauf angewiesen ist, dass ihre Bevölkerung mitreden und mitbestimmen kann.

Die EKM hat deshalb 2009 das Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» lanciert. Es fördert Projekte, die bestehende Möglichkeiten politischer Partizipation bekannt machen und neue Partizipationswege erschliessen.

Mit dem Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» werden Prozesse gefördert, welche die politische Partizipation der gesamten Bevölkerung in der Migrationsgesellschaft Schweiz verbessern. Es werden partizipative Projekte unterstützt, deren Ziel es ist, breiten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit zu eröffnen, die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten und an der politischen Entscheidungsfindung teilzuhaben.

Partnerschaften

Mit folgenden ausgewählten Partnerschaften fördert die EKM die Institutionalisierung von politischen Partizipationsmöglichkeiten:

Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS)

- Mit seiner Arbeit leistet der VSS einen Beitrag zu einer Schweiz, die das Potenzial ihrer Einwohnerinnen und Einwohner anerkennt, fördert und nutzt. Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Verband auch dafür, dass qualifizierte Geflüchtete an Schweizer Hochschulen studieren können. 2016 rief der VSS das Projekt «Perspektiven – Studium» ins Leben. Auf Antrag der EKM unterstützte das SEM das Projekt «Perspektiven – Studium 2.0» in den Jahren 2019–2022 finanziell.
- Zwischen 2023 und 2026 wollen die EKM und der VSS im Rahmen des Projekts «Perspektiven – Studium 3.0» ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine weitere Verbesserung des Hochschulzugangs von Geflüchteten vertiefen.

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)

- Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) ist der Dachverband von rund 60 Jugendorganisationen in der Schweiz, stellvertretend für mehr als 500 000 Kinder und Jugendliche. Sie vertritt die Anliegen ihrer Mitgliedsorganisationen und der Jugend gegenüber den Behörden, politischen Gremien und der Öffentlichkeit. Die SAJV fördert intern und extern eine partizipative Kultur, die es verschiedenen Akteuren, unabhängig von Nationalität, Alter, Religion, sexueller Orientierung usw. ermöglicht, zu Entscheidungsprozessen beizutragen. Sie setzt sich dafür ein, Möglichkeiten der Konsultation, der Ko-Konstruktion und der Mitentscheidung zu erweitern.
- Die Partnerschaft der EKM und der SAJV dauert von 2017 bis 2026. Sie zielt darauf ab, Aktivitäten anzuregen, die die politische Partizipation fördern und die «Citoyenneté» in den Strukturen der SAJV und ihrer Mitgliedsorganisationen verankern.

Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)

- Der DSJ ist das politisch neutrale Kompetenzzentrum für politische Bildung und politische Partizipation. Aktuell wird er von 51 Jugendparlamenten, Jugendräten oder ähnlichen Organisationen getragen. Der DSJ unterstützt bestehende Jugendparlamente und Jugendräte in der Schweiz und in Liechtenstein, fördert weitere Neugründungen und stärkt die politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sein Engagement stärkt das politische System der Schweiz, insbesondere die politische Miliztätigkeit, die direkte Demokratie sowie die demokratische Diskussionskultur.
- Im Rahmen des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» arbeiten die EKM und der DSJ in den Jahren 2021–2024 eng zusammen. Der DSJ unterstützt dabei lokale Akteurinnen und Akteure, ihre Projekte zur Förderung der politischen Partizipation zu entwickeln und umzusetzen.

Stiftung Dialog (Campus für Demokratie)

- Der Campus für Demokratie wurde von der Stiftung Dialog in Kooperation mit der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründet, um die Demokratie zu stärken. Als nationale Plattform für politische Partizipation und politische Bildung bringt der Campus für Demokratie Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht fördern. Er will ihre Aktivitäten stärken und begleiten, Synergien aufzeigen, den Wissensaustausch fördern und ein lebendiges, heterogenes Netzwerk mit Akteuren aus Schulen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Städten und Gemeinden, Kantonen, der Sozialarbeit, öffentlichen Institutionen, Hochschulen, Projekten, Unternehmen, NGOs und Stiftungen schaffen.
- Die Partnerschaft der EKM und der Stiftung Dialog dauert von 2021 bis 2024. Die Aktivitäten des Campus für Demokratie tragen dazu bei, die Zugänge zu Prozessen der Mitsprache, Mitgestaltung und Mitentscheidung in der Migrationsgesellschaft Schweiz zu verbessern und die politische Partizipation in den Regelstrukturen zu verankern.

Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe»

Die Schweiz ist eine Migrationsgesellschaft. 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung verfügen über einen Migrationshintergrund (BFS 2022). In den Städten, Agglomerationen und Dörfern der Schweiz wird tagtäglich Vielfalt gelebt – mit allen Herausforderungen und Chancen.

Öffentliche Bilder, Geschichten und Debatten sind jedoch oft geprägt von stereotypen Vorstellungen von «Wir und die Anderen». Dies kann zu Polarisierung und zum Ausschluss derjenigen führen, die als «die Anderen» gekennzeichnet werden. Statt Abgrenzung und Ausschluss braucht es daher neue Formen des Gemeinschaftserlebens. Die EKM ist überzeugt: Die demokratische Migrationsgesellschaft Schweiz ist auf eine vielstimmige öffentliche Kultur angewiesen, die es der gesamten Bevölkerung ermöglicht, Zugehörigkeit und Anerkennung – ein «Neues Wir» – zu erleben.

Die EKM will die soziale Kohäsion über die kulturelle Teilhabe fördern und hat darum das Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» entwickelt. Damit werden partizipative kulturelle Projekte gefördert, die Bilder, Geschichten, Diskurse und Inszenierungen von «Wir und die Anderen» hinterfragen und Alternativen dazu entwickeln und präsentieren. Der Bereich der Kultur ist von zentraler Bedeutung: für die Gesellschaft insgesamt, für Gruppen und einzelne Individuen. Die Kultur kann dem Selbstverständnis der Menschen, ihren Werten und Fragen, Ängsten und Hoffnungen Ausdruck verleihen. Mit dem Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» will die EKM darum das kulturelle Engagement möglichst breiter Bevölkerungsschichten und ein vielstimmiges Wir-Gefühl in der Migrationsgesellschaft Schweiz fördern.

Förderpraxis Kultur und Integration mit BAK, SEM, EKM, Pro Helvetia

Das Bundesamt für Kultur BAK, das Staatssekretariat für Migration SEM, die Eidgenössische Migrationskommission EKM und Pro Helvetia begannen 2023 die zweite Runde der Zusammenarbeit im Rahmen der «Förderpraxis Kultur und Integration». Sie bereiteten gemeinsam die Veröffentlichung der in der ersten Runde der Zusammenarbeit erarbeiteten Grundsätze zur strukturellen Verankerung der kulturellen Teilhabe sowie einen dazugehörigen Begleitkommentar vor. Gleichzeitig wurde eine gemeinsame Tagung zur kulturellen Teilhabe im Folgejahr vorbereitet, mit dem Ziel, diese Grundsätze einem breiten Fachpublikum zur Diskussion vorzulegen.

Neue Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum

Im Rahmen des Programms «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» haben das Landesmuseum unter der Leitung der Direktorin Denise Tonella und die EKM unter der Leitung des Präsidenten Walter Leimgruber eine Zusammenarbeit aufgelegt, die über mehrere Jahre hinweg der gemeinsamen Förderung der kulturellen Teilhabe gewidmet sein soll. Zum Auftakt wurde eine Veranstaltung im Rahmen der neuen Ausstellung «Italianità» konzipiert, die 2024 stattfinden wird.

Das Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» der Eidgenössischen Migrationskommission EKM unterstützt Projekte, welche die kulturelle Teilhabe aller in der vielstimmigen Migrationsgesellschaft Schweiz aktiv und nachhaltig stärken.





Veranstaltungen

EKM Jahreskonferenz 2023 – «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz»

im Casino Bern

Menschen, die in der Schweiz in Not geraten, werden von einem Netz aus Sozialversicherungen aufgefangen. Renten, Sozialhilfe, Erwerbsersatz oder Familienzulagen sowie Kostenübernahmen bei Krankheit oder Unfall bieten ihnen Schutz.

In der Migrationsgesellschaft Schweiz sind aber nicht alle gleich gut geschützt. Menschen ohne Schweizer Pass müssen bei einem Sozialhilfebezug mit ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. Manche verzichten deshalb auf Sozialhilfe und stehen stattdessen bei Hilfswerken für Essen an, verschulden sich oder sparen bei den Grundbedürfnissen. Aber auch Working Poor, Sans-Papiers, Obdachlose und Geflüchtete mit stark reduzierter Sozialhilfe fallen durch das Sicherheitsnetz und dadurch in Prekarität und Armut.

Die EKM diskutierte an ihrer Jahreskonferenz 2023 die individuellen und gesellschaftlichen Aspekte sozialer (Un-)Sicherheit in der Schweiz. Forschende, Armutsbetroffene sowie Expertinnen und Experten aus Praxis und Politik identifizierten Herausforderungen und entwickelten Lösungsansätze.

Am Vormittag wurden aus wissenschaftlicher Perspektive die vielfältigen Fragen erörtert, die sich aus den Zusammenhängen von sozialer Sicherheit und Migration ergeben. Welche Rolle spielt die soziale Sicherheit in der Integrationspolitik? Was bedeutet es aus verfassungsrechtlicher Sicht, wenn Menschen ohne Schweizer Pass bei der sozialen Sicherung anders behandelt werden? Wie wirkt sich die Sozialhilfe auf die Arbeitsmarktintegration und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten aus? Wie sind gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität mit der sozialen Sicherheit einzelner Personen verschränkt – und was bedeutet dies für die Migrationsgesellschaft Schweiz?

In der zweiten Hälfte des Morgens und am Nachmittag stellten Akteurinnen und Akteure aus der angewandten Wissenschaft und aus der Praxis zusammen mit Armutsbetroffenen verschiedene Projekte zur Armutsbekämpfung vor, die mit ihrem innovativen und partizipativen Charakter beispielhaft sind. Am anschliessenden Podium diskutierten politische Akteurinnen und Akteure das Konferenzthema aus sozial- und migrationspolitischer Perspektive. Gemeinsam loteten sie aus, ob und wie die soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft für alle ermöglicht werden kann.



Werkstatt «Citoyenneté» 2023

im Eventforum in Bern

Der Rapper Milchmaa trug zwischendurch mit seinen Songtexten aus den Alben «-muet» und «-ic» zu den Themen Armut, Identität und Migration zur Reflexion bei.

In den Pausen konnten sich die rund 230 Teilnehmenden in einer Infografik-Ausstellung von Marina Bräm über «Arbeitskräfte im Graubereich» informieren. Zudem stellte das Strassenmagazin Surprise das Heft und seine Arbeit im Bereich der sozialen Stadtrundgänge vor und zeigte auf, welche Rolle das Thema Migration darin spielt.

Die Bilder und die Präsentationen der EKM-Jahreskonferenz 2023 sind auf der [Website der EKM](#) veröffentlicht.

Um die Lücken im Bereich der politischen Partizipation zu schliessen, hat die Eidgenössische Migrationskommission EKM vor 14 Jahren das Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» lanciert.

Dieses Programm und seine Instrumente – Projekte, Partnerschaften und Citoyenneté-Werkstätten – sind ein Erfolg: Dies zeigt die externe Evaluation durch das Beratungsbüro Interface. Seit dem Programmstart 2009 wurden 170 Projekte und fünf Partnerschaften unterstützt. Diese ermöglichen ein vielfältiges Engagement in der Migrationsgesellschaft Schweiz und machen Zuschauende zu Beteiligten.

Am 31. Mai 2023 trafen sich Projektträgerinnen und Projektträger sowie Partnerinnen und Partner des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden», um die Ergebnisse dieser Evaluation zu diskutieren und das Programm weiterzuentwickeln. Ziel war es, gemeinsam Wege zu finden, um den Zugang zur Projektförderung zu verbessern, die Austauschmöglichkeiten zu erweitern und die Visibilität des Programms zu erhöhen.

Die Ergebnisse der [Werkstatt «Citoyenneté» 2023](#) sind auf der [Website der EKM](#) veröffentlicht.



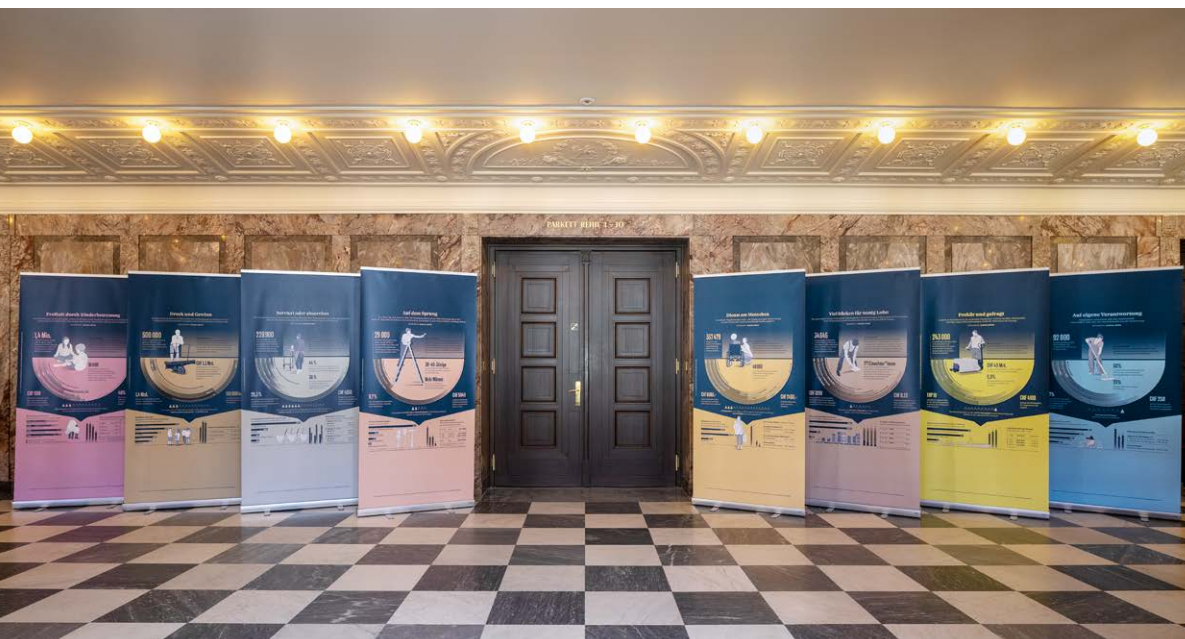
EKM Jahreskonferenz 2023

**Soziale Sicherheit in der
Migrationsgesellschaft Schweiz**

Donnerstag, 6. April 2023
Casino Bern

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM



Programm

08.45 Eintreffen

09.15 Begrüssung

Étienne Piguet, Vizepräsident EKM

09.20 Aktuelle Herausforderungen in der Schweizer Migrationspolitik

Élisabeth Baume-Schneider, Bundesrätin, EJPD

09.40 Intermezzo: Milchmaa

09.50 Soziale Sicherheit und der Anspruch auf Sozial- und Nothilfe:
Ein grundrechtlicher Blick auf die Ungleichheiten in der Migrations-
gesellschaft Schweiz

Eva Maria Belser, Departement für öffentliches Recht, Universität Freiburg

10.20 Pause

10.50 Die Auswirkungen der Sozialhilfe auf die Arbeitsmarktintegration
und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten

*Dominik Hangartner, Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissen-
schaften, ETH Zürich*

11.20 Selektive Solidarität: Wer ist in der Migrationsgesellschaft mit wem
solidarisch?

Jean-Pierre Tabin, Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HES-SO)

11.40 Intermezzo: Milchmaa

11.50 Lebensbedingungen und Gesundheitszustand von neu regularisierten
Migrantinnen und Migranten: Welche Erkenntnisse kann man aus der
Opération Papyrus ziehen?

Claudine Burton-Jeangros, Département de sociologie, Université de Genève

Einfachere Sprache, besseres Verständnis? Zur Wirkung von einfacher
Sprache in der öffentlichen Verwaltung

Flavia Hug, KOF Konjunkturforschungsstelle und Immigration Policy Lab, ETH Zürich

12.20 Intermezzo: Milchmaa

12.30 Mittagessen

13.45 Hürden des Sozialhilfebezuges und Chancen einer neuen Armuts-
beobachtung

Oliver Hümbelin, Departement Soziale Arbeit, Berner Fachhochschule

«Wenn ihr mich fragt...» – Das Wissen und die Erfahrung von
Betroffenen einbeziehen

Mirjam Zbinden, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

14.15 Intermezzo: Milchmaa

14.25 Perspektivwechsel Armut – mit einem Fachkurs zur partizipativen
Projektentwicklung

*Emanuela Chiapparini, Kevin Bitsch und Gabriela Feldhaus, Berner Fach-
hochschule*

Armut überwinden – zusammen mit den Menschen, die sie erleben.
Eindrücke aus dem partizipativen Forschungsprojekt «Armut –
Identität – Gesellschaft» von ATD Vierte Welt

*Michael Zeier, Koordinator Projekt «Armut – Identität – Gesellschaft» und
Christian Vukasovic, Co-Forschender Projekt «Armut – Identität – Gesellschaft»*

14.55 Pause

15.25 Gesprächsrunde: Soziale Sicherheit – für alle?
Politische Antworten auf aktuelle Herausforderungen

*Marianne Binder-Keller, Nationalrätin AG
Thierry Apothéloz, Staatsrat des Kantons Genf
Markus Kaufmann, Geschäftsführer SKOS
Beat Ringger, Autor und ehem. Geschäftsleiter Denknetz*

16.20 Fazit

Walter Leimgruber, Präsident EKM

Moderation der Konferenz

Bettina Looser, Geschäftsführerin EKM

16.30 Ende der Konferenz



Information der Öffentlichkeit



Evaluationsbericht des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

Die Ergebnisse der Evaluation des Programms wurden in einer Publikation veröffentlicht, die einen breiten Überblick über die Inhalte des Programms und die geförderten Projekte ermöglicht.

Darin werden auch die Instrumente des Programms vorgestellt:

- Projekte – ein Pool für innovative Ideen
- Partnerschaften – gemeinsames Engagement zur Veränderung von Strukturen
- Werkstätten – Orte für Austausch und Vernetzung

Seit 2009 haben rund 170 Projekte die Chance genutzt, mit Unterstützung des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» neue Formen der politischen Partizipation zu erproben. Im Evaluationszeitraum (2015–2021) sind es 76 Vorhaben. Mit fünf Trägerschaften ging die EKM eine Partnerschaft ein. In diesem Zeitraum wurden Förderbeiträge von 5,9 Millionen Franken an öffentliche und private Organisationen ausbezahlt.



Video «Erleichterte Einbürgerung 3. Generation»

Um Personen, deren Grosseltern bereits in die Schweiz eingereist waren und deren Eltern in der Schweiz die Schule besucht haben, die erleichterte Einbürgerung wirklich zu erleichtern, hatte die EKM auf ihrer Website das Erklärvideo «Gömmer go iibürgere» aufgeschaltet. Dieses Video erfreute sich bei der Zielgruppe einer grossen Beliebtheit, es wurde Tausende Male abgerufen. Es ist seit dem 1. Februar 2023 neu auf der Website des SEM aufgeschaltet.



Neue EKM-Empfehlungen «Schutz für Personen auf der Flucht»

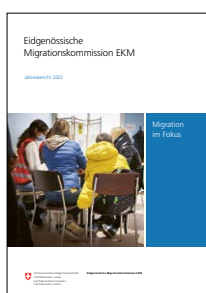
In Anbetracht des Krieges in der Ukraine und der zunehmenden individuellen Asylanträge hat die EKM ihre Empfehlungen zum «Schutz für Personen auf der Flucht» aktualisiert und erweitert.

Die EKM schlägt vor, einen komplementären Schutzstatus einzuführen, der Schutz für Personen bietet, die keine gezielte individuelle Verfolgung nachweisen können. Dies können Personen sein, welche bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland ernsthafte Nachteile durch Krieg, willkürliche Gewalt oder Folter erleiden würden.

Der neue Schutzstatus soll die vorläufige Aufnahme ersetzen und kann beendet werden, wenn keine Gefahr mehr besteht. Er beinhaltet eine klare Aussicht, den Aufenthalt zu stabilisieren. Personen mit komplementärem Schutzstatus sollen zudem grundsätzlich die gleichen Rechte haben wie anerkannte Flüchtlinge.

Weiter betont die EKM die Notwendigkeit sicherer Zugangswege zur Schweiz. Diese können beispielsweise durch die Teilnahme an den Resettlement-Programmen des UNHCR geschaffen werden. Die Schweiz verpflichtet sich dabei, eine bestimmte Anzahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aufzunehmen. Die EKM fordert dringend, diese Programme zu verstetigen.

Die EKM unterstreicht die entscheidende Rolle einer schnellen Integration von Geflüchteten, die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Zusammenarbeit mit den Behörden und die Notwendigkeit einer kohärenten Migrationspolitik.



«Jahresbericht 2022»

Der Jahresbericht der Eidgenössischen Migrationskommission EKM ist ein wichtiges Instrument für die Information der Öffentlichkeit zu den Tätigkeiten und Positionen der EKM. Im Laufe der Erarbeitung des «Jahresberichtes 2022» wurde das Produkt analysiert und neu konzipiert.



Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt

Im Jahr 2023 wurde die politische Beratungsarbeit zuhanden von Parlament, Verwaltung und Behörden weiter verstärkt. Es wurden zahlreiche Empfehlungen, Positionspapiere und Stellungnahmen formuliert, Referate gehalten und Beratungsgespräche geführt.

Februar 2023

- **Treffen von Präsidium und Geschäftsführerin mit der Departementschefin EJPD Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider**

Zu Beginn des Jahres 2023 fand ein Kennenlern- und Austauschtreffen mit dem Präsidium und der Geschäftsführerin der EKM statt. In einem fruchtbaren Gespräch mit der neuen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und dem neuen Generalsekretär Stefan Hostettler konnte das Präsidium über die Arbeit und das Mandat der EKM informieren, und die Erwartungen und Ziele der Bundesrätin konnten entgegengenommen werden.

- **Stellungnahme «Mehr Rechtsgleichheit für Opfer von häuslicher Gewalt durch die Änderung der Härtefallregelung im AIG»**

Werden Angehörige aus Drittstaaten Opfer häuslicher Gewalt, droht ihnen bei der Auflösung ihrer Ehe oder Familiengemeinschaft der Verlust ihres Aufenthaltsrechts. Die Angst, die Aufenthaltsbewilligung

zu verlieren, verbunden mit der Abhängigkeit vom Partner, zwingt viele Opfer dazu, in der Gewaltbeziehung zu bleiben.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) sieht hier Handlungsbedarf. Mit einer parlamentarischen Initiative will sie die Härtefallregelung im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) präzisieren und erweitern und Betroffene so besser schützen. Damit unterstreicht die SPK-N die Haltung des Bundesrats, der in seiner Antwort auf den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention feststellt, dass alle Personen, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltstitel, ein Recht auf Aufenthalt in der Schweiz haben sollen, wenn ihre Ehe aufgrund von häuslicher Gewalt aufgelöst wird.

Die EKM begrüsst in ihrer Stellungnahme den nun vorgesehenen konkreten Schritt der SPK-N, der zu mehr Rechtsgleichheit und einem verbesserten Opferschutz führt.



März 2023

- **Austausch mit den persönlichen Mitarbeitenden von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider**

An der Plenarsitzung im März nahmen die beiden persönlichen Mitarbeitenden Lise Bailat und Claudio Marti der Bundesrätin teil, um sich vorzustellen und um die Arbeit der Kommission besser kennenzulernen. Die Bundesrätin nahm ausserdem an der Jahreskonferenz der EKM eine wichtige Rolle ein.

- **Konsultation zum Umsetzungskonzept mit Blick auf die Aufhebung des Schutzstatus S**

Der Sonderstab Asyl (SONAS) hatte eine Projektstruktur eingesetzt, in der sowohl die Kantone als auch der Bund vertreten waren. Diese Projektstruktur sollte proaktiv die Aufhebung des Schutzstatus S vorbereiten. Dabei ging es einerseits um organisatorische Fragen (z. B. technische Herausforderungen wie die Verbuchungen in ZEMIS, praktische Fragen im Hinblick auf die Ausreiseorganisation und die Ausrichtung einer allfälligen Rückkehrhilfe), andererseits ging es um Fragen der Rückkehr, welche die Behörden bei der Aufhebung des Schutzstatus S beantworten müssen (z. B. Erlass von Wegweisungsentscheiden, Schaffung von Rechtsmitteln, Einreichung von neuen Asylgesuchen).

Am 29. März nahm die EKM im Staatssekretariat für Migration SEM an einer Informationsveranstaltung zum Projekt «Aufhebung Schutzstatus S und Rückkehr» statt. Ihre Rückmeldungen zum Umsetzungskonzept teilte sie den Verantwortlichen in der Folge noch in schriftlicher Form mit. Im Fokus stand dabei ihre Position im Bereich der Rückkehr und

der Bildung. Die EKM nutzte die Gelegenheit, um darüber hinaus auch ihre Anliegen im Hinblick auf die Integrationsförderung und die sichere Rückkehr zu platzieren.

April 2023

- **Stellungnahme «Änderung des Asylgesetzes (Sicherheit und Betrieb in den Zentren des Bundes): Lösungsansätze im sensiblen Bereich der Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen in den Bundesasylzentren»**

In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu Vorwürfen gegenüber den Bundesasylzentren, dass es dort immer wieder zu Gewaltanwendungen gegenüber asylsuchenden Personen durch das Sicherheitspersonal komme. Alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer, der die Fälle untersuchte, stufte diese jedoch als nicht systematisch ein. Trotzdem regte er gewisse Anpassungen im Sicherheitsbereich an. Ziel der nun zur Diskussion stehenden Änderungen des Asylgesetzes ist die Verbesserung der Sicherheit in diesen Zentren.

In ihrer Stellungnahme bedauert die EKM, dass das SEM nicht geprüft hat, künftig gewisse Sicherheitsaufgaben selbst wahrzunehmen und so auf die weitgehende Auslagerung dieser Aufgaben an Dritte zu verzichten. Positiv gewichtet die Kommission indes, dass sich das SEM verpflichtet, Qualitätsstandards für die Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen festzulegen, die Anbieter zu beaufsichtigen, regelmässig Qualitätskontrollen durchzuführen und zudem auch

sicherzustellen, dass die Mitarbeitenden der beauftragten Dritten eine im Hinblick auf den Umgang mit asylsuchenden Personen geeignete Ausbildung erhalten.

Thomas Kunz stellte diese Stellungnahme in der Plenarsitzung im März 2023 zur Diskussion.

Juni 2023

- **Stellungnahme «Verbesserungen der vorläufigen Aufnahme auf Verordnungsstufe»**

Nachdem das Parlament die Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes verabschiedet hatte, welche vorsieht, die Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen zu verbessern und Reisen ins Ausland zu beschränken, passte das Staatssekretariat für Migration SEM die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), die Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL) und die Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2) an.

Im Juni 2023 nahm die EKM zu den zur Diskussion stehenden Anpassungen Stellung. In Anlehnung an die EKM-Empfehlungen «Schutz für Personen auf der Flucht» stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, dass die Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen erleichtert werden muss, dass die vorläufige Aufnahme aber eigentlich durch einen neuen Schutzstatus ersetzt werden müsste. Die Beschränkung der Reisefreiheit erachtete die EKM

jedoch als nicht zielführend. Sie monierte, dass diese Frage vom Parlament dringend neu beurteilt werden muss.

Oktober 2023

- **Stellungnahme «Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt brauchen einen besseren Zugang zur beruflichen Grundbildung»**

Sans-Papiers-Jugendliche und Jugendliche in der Nothilfe sind auf dem Weg zu einer beruflichen Grundbildung mit schier unüberwindbaren Hürden konfrontiert. Im August 2023 nahm die Eidgenössische Migrationskommission EKM Stellung zum Entwurf zur Änderung von Art. 30a der Verordnung über Zuwanderung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), die hier Verbesserungen erreichen will. Diese gehen aus Sicht der EKM in die richtige Richtung, sind ihrer Ansicht nach aber zu zaghaft, als dass sie genügend Wirkung erzielen könnten.

Die EKM will, dass der Zugang zu Bildung allen in der Schweiz lebenden Jugendlichen offensteht – auch jenen ohne geregelten Aufenthalt.

Um diesen Jugendlichen die gleichen Chancen wie ihren Altersgenossen zu bieten, sind aus Sicht der EKM insbesondere folgende Punkte zu gewährleisten:

- Alle Jugendlichen mit «rechtswidrigem Aufenthalt» brauchen für die Dauer ihrer Ausbildung Aufenthaltssicherheit.
- Sans-Papier-Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Gesuche um Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung anonym einzureichen.



- Jugendliche in der Nothilfe brauchen beim Zugang zur beruflichen Grundbildung und während der Ausbildung Unterstützung.

Darüber hinaus schlägt die EKM hier einen Perspektivenwechsel vor: weg von der Ausländerpolitik, hin zu einer chancengerechten Bildungspolitik in der Migrationsgesellschaft Schweiz.

- **Anhörung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) zur Frage der Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone**

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle ist der Evaluationsdienst der Bundesversammlung. Sie führt im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) von National- und Ständerat sowie anderer parlamentarischer Kommissionen wissenschaftliche Untersuchungen durch.

Im Januar wurde die PVK von der GPK beauftragt, die Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone zu evaluieren. An einer Anhörung im Oktober erhielt die EKM Gelegenheit, zu den Fragen der PVK Stellung zu nehmen.

November 2023

- **Anhörung der EKM im Rahmen der zweiten Konsultation der Evaluationsgruppe Status S**
Am 26. Juni 2023 hat die Evaluationsgruppe Status S unter der Leitung von alt Regierungsrat Urs Hofmann ihren Bericht veröffentlicht. In diesem Bericht kommt sie zum Schluss, dass eine kollektive Lösung zur

Entlastung des Asylsystems unentbehrlich war. Der Bericht zeigte aber auch Anpassungsbedarf, insbesondere bei der Aufnahme der Schutzsuchenden und bei der Integration. Im Rahmen eines Folgemandats wurde die Evaluationsgruppe beauftragt, die weitere Umsetzung des Status S zu begleiten und zu evaluieren sowie Grundlagen zu erarbeiten im Hinblick auf allfällige Revisionen im Bereich des Status S und der vorläufigen Aufnahme (Status F). Die EKM wurde gleich zu Beginn dieser Arbeiten im November 2023 zur Konsultation eingeladen und konnte dort unter anderem auch ihre Empfehlungen zum «Schutz von Personen auf der Flucht» nutzbar machen.

Dezember 2023

- **Besuch der Staatssekretärin Christine Schraner Burgener in der Plenarsitzung der Kommission**
Die Staatssekretärin Christine Schraner Burgener besuchte die Kommission an der Plenarsitzung im Dezember. Sie referierte dort zu den migrationspolitischen Herausforderungen in der Schweiz und in Europa und diskutierte diese mit den Kommissionsmitgliedern. Diese nutzten die Gelegenheit, mit der Staatssekretärin auch weitere aktuelle Themen aus der Schweizer Integrations- und Migrationspolitik sowie damit verbundene allfällige Lösungsansätze zu besprechen.





Netzwerkpflege, Arbeitsgruppen und Beiräte

Die Kommissionsmitglieder, die Geschäftsführerin und die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle haben ihre Expertise auch ausserhalb der Plenarsitzungen eingebracht, beispielsweise in Arbeitsgruppen und in Beiräten.

Beirat: Hochschulvorbereitungskurs für Geflüchtete (Universität Zürich)

EKM-Vertretung: Elham Manea

2019 wurde die Integrationsagenda Schweiz (IAS) lanciert. Ihr Ziel ist es, dass Geflüchtete und vorläufig Aufgenommene rasch und ihrem Potenzial entsprechend im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Die Integrationsagenda betont die Bedeutung von Bildung für die berufliche Eingliederung. Da Integrationsangebote auf Tertiärstufe bislang rar sind, hat die Universität Zürich den Hochschulvorbereitungskurs «START! Studium» für Geflüchtete entwickelt. Das Angebot richtet sich an Geflüchtete, die aufgrund ihrer Vorbildung Potenzial für ein Hochschulstudium aufweisen. Der Kurs bereitet sie sprachlich, fachlich und organisatorisch auf eine Ausbildung auf Tertiärstufe vor und unterstützt sie beim Übertritt in die Hochschule. Um die Qualität, den Wissenstransfer und die Nachhaltigkeit zu sichern, wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und von einem internen Steuerungsgremium und einem externen Beirat – in welchem auch die EKM vertreten ist – beraten.

Beirat: Nationales Forum Alter und Migration

EKM-Vertretung: Ana Caldeira

Das Nationale Forum Alter und Migration ist eine Plattform, welche die wichtigsten Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Alter, Integration und Migration vernetzt. Die EKM ist Partnerin des Nationalen Forums Alter und Migration und aktiv an dessen Plenarsitzungen beteiligt. Das Nationale Forum Alter und Migration engagiert sich mit Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Grundlagenarbeit für die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation älterer Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Ihre Interessen sollen unterstützt, ihre Rechte gestärkt und ihre Integration im Sinne gesellschaftlicher Partizipation gefördert werden. Zugleich hat sich das Forum zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit und insbesondere die Fachkräfte im Altersbereich für die Biografien und Lebensumstände der älteren Migrationsbevölkerung zu sensibilisieren.



Beirat: Perspektiven-Studium

EKM-Vertretung: Etienne Piguet und Bettina Looser

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) ist überzeugt, dass Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Hochschulbildung auch für jenen Teil der Schweizer Bevölkerung gewährleistet sein muss, der die akademische Vorbildung im Ausland erworben hat. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, wurde 2016 das Projekt «Perspektiven – Studium» lanciert. Dieses Projekt hat eine nationale Ausstrahlung: Es wurde eine Website mit umfassenden Informationen rund um die Hochschulzugänge aufgebaut. Die Website richtet sich an studieninteressierte Geflüchtete und an Begleit- und Fachpersonen. Mit dem Projekt leistet der VSS zudem Vernetzungsarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulprojekten der Schweiz sowie zwischen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Bildung, Migration und Integration. Seit der Gründung ist die EKM im Beirat dieses Projekts vertreten.

Beirat: INVOST-Integrationsvorstudium an Fachhochschulen

EKM-Vertretung: Etienne Piguet und Bettina Looser

Mit dem Programm «INVOST» unterstützt der Verband Schweizer Studierendenschaften (VSS) regionale Fachhochschulen bei der strukturellen Verankerung von Brückenangeboten für qualifizierte Geflüchtete. Ziel ist es, diesen einen Bildungszugang zu ermöglichen, der ihrem Potenzial entspricht. An der Pilotphase nehmen die Hochschule für Technik der Fachhochschule Nordwestschweiz und die Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) teil. Später soll das Projekt auf andere Fachhochschulen ausgeweitet werden.

Mit «INVOST» leistet der VSS Vernetzungsarbeit, unterstützt Fachhochschulen bei der strategischen Arbeit und fördert das freiwillige Engagement von Studierenden. Hinzu kommen eine Anschubfinanzierung von Förder- und Vorbereitungsmaßnahmen sowie die Begleitung und Evaluation der Prozesse. Ein Beirat, in welchem die EKM vertreten ist, begleitet «INVOST» fachlich, fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit und trägt zur Multiplikation und Verstärkung der Angebote bei.

Weitere Beiräte

EKM-Vertretung: Bettina Looser

- Begleitgruppe zur Umsetzung des Postulats Marti Samira (20.4421):
Studie SEM zum Thema Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht
- Beirat NexSM (Social Media for Migration and Society):
Länderübergreifende Studie (D/CH/OE) zu Digitalisierung und Migration
- Beirat des «Zukunftsrates» von Pro Futuris (SGG und Unesco Schweiz)
- Jury Fonds «Hochschulprojekte» von Perspektiven Studium VSS
- Begleitgruppe zur Umsetzung der Postulats Mazzone Lisa (22.3397):
Studie SEM Einbürgerungsstudie
- Jury ICI und Beirat Begleitstudie ICI/Migros-Kulturprozent
- Beirat Campus für Demokratie der Stiftung Dialog



Geschäftsstelle

Die EKM ist eine ausserparlamentarische Kommission mit dreissig Mitgliedern. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt sie über eine Geschäftsstelle.

Interne Organisations- und Prozessentwicklung im 2023

Im letzten Jahr wurde unter der Leitung von Bettina Looser in der Geschäftsstelle eine umfangreiche Organisationsentwicklung unter Beteiligung der Mitarbeitenden durchgeführt. So wurden etwa die Profile und Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeitenden für Migrations- und Integrationspolitik vielfältiger. Gleichzeitig wurden sämtliche Geschäftsführungsprozesse überarbeitet. An diesen wird neu funktionenübergreifend in Projektteams zusammengearbeitet. Die Arbeiten in Kommunikation und Administration wurden neu organisiert, und die Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv wurde intensiviert. Die Arbeitsweisen in der Geschäftsstelle wurden insgesamt auf agile Arbeitsformen und auf dynamische interne Lern- und Entwicklungsprozesse ausgelegt.

Bei allen 2023 veröffentlichten Publikationen wurden die entsprechenden Produkte neu konzipiert, dies gilt für die «Empfehlungen», die «Evaluationen», die «Programm-Broschüren» der Integrationsförderung, den «Jahresbericht» und die «Social-Media-Produkte». Für den ab 2024 geplanten Relaunch der Web-Kommunikation wurden Vorbereitungen getroffen.

Die aufwendigen internen Entwicklungsprozesse in der Geschäftsstelle sind bereits weit fortgeschritten. Diverse Meilensteine, so die Reorganisation von Personal und Funktionen, die Reorganisation und Neulancierung der Integrationsförderung sowie die Reorganisation der Administration, konnten im Jahr 2023 erreicht werden.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle 2023

Bettina Looser, Pascale Steiner, Byron Dowse, Lisa Marti, Pascal Fendrich, Christian Wyler, Aya Abbas, Elodie Morand, Sibel Opuz, Adrian Sansonnens, Dominique Zehntner



Mitglieder

Die Amtsdauer der Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen entspricht der Legislaturperiode des Nationalrates. Daraus ergibt sich, dass alle vier Jahre eine Gesamterneuerungswahl stattfindet.

Gesamterneuerungswahl für die neue Legislatur 2024

Die Bundeskanzlei koordiniert die Vorbereitungsarbeiten für die Gesamterneuerungswahl mit den Departementen. Die Bundesrätin fällt die Entscheidung für den Vorschlag des Präsidenten. Die Geschäftsstelle unterstützte diese Arbeiten.

An seiner Sitzung vom 22. Dezember 2023 wählte der Bundesrat die neue Kommission und ernannte den Tessiner alt Staatsrat Manuele Bertoli zum neuen EKM-Präsidenten.

Manuele Bertoli hat sich in seinen politischen Funktionen intensiv mit Migrationsfragen befasst, insbesondere mit der Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe der jüngeren Generation von Migrantinnen und Migranten. Er ist Nachfolger von Walter Leimgruber, der sein Amt nach zwölf Jahren abgibt. Manuele Bertoli hat die beiden Mitglieder Johan Rochel und Yvonne Riaño der neuen Kommission zur Wahl in das Vizepräsidium vorgeschlagen. Sie sollen dem bisherigen Vizepräsidenten Etienne Piguet, der nach zwölf Jahren zurücktritt, und der bisherigen Vizepräsidentin Elham Manea, die nach vier Jahren zurücktritt, nachfolgen.

Gewählte Kommissionsmitglieder 2024–2027

Almedom, Veronica
Bertoli, Manuele
Caldeira Tognola, Ana Isabel
Cheva, Sharon
Efionayi-Mäder, Denise
Galladé, Nicolas
Gashi, Hilmi
Götzö, Monika
Huot, Jean-Claude
Houssouba Gisler, Mohomodou
Iseni, Bashkim
Kläy, Dieter
Kovic, Marko
Kunz, Thomas
Kurt, Ihsan
Lanfranchi, Andrea
Martynyuk, Olha
Meier, Peter
Rezende de Sousa, Camila
Riaño, Yvonne
Rochel, Johan
Romano, Marco
Sabbadini, Susanna
Sajjadi Mäder, Khaleda
Schneider, Michael
Sivaganesan, Anusooya
Tringale, Luisa
von Rütte, Barbara
Wey, Simon
Zaugg, David

Austritte aus der Kommission

Celio-Panzeri, Anna
Khalil, Mano
Krasniqi Malaj, Albana
Leimgruber, Walter
Manea, Eltham
Mateos, Inès
Piguet, Etienne
Restivo, Gaetana
Sebeledi, Daniela
Seidler-Garot, Iris
Sigrist, Christoph
Simona, Antonio
Stolz, Sibylle
Tschuor, Mariano
Zeckra, Mandy



Zitate aus den Rücktrittsreden

Die zurücktretenden Kommissionsmitglieder und das zurücktretende Präsidium wurden an der Plenarsitzung Ende Jahr würdig verabschiedet. Dabei waren die scheidenden Mitglieder eingeladen, ihre persönliche Rückschau auf ihre Arbeit in der Kommission und auf die Entwicklungen in der Schweizer Migrations- und Integrationspolitik mit der Kommission zu teilen.

Migration ist Realität – wie wir sie gestalten, daran werden wir gemessen.

Mandy Zeckra

La cittadinanza, attraverso il diritto di voto e di partecipazione politica attiva, garantisce i diritti fondamentali e l'uguaglianza politica: elementi che sono alla base dell'integrazione e della libertà di ogni individuo. Nel dibattito politico svizzero si usa spesso la parola integrazione, ma poi le scelte vanno in tutt'altra direzione.

Gaia Restivo

Ich habe gelernt, dass die Integrations- und die Migrationspolitik nicht nur rein politische Angelegenheiten sind, sondern vor allem menschliche Herausforderungen, die Empathie, Verständnis und eine langfristige Vision erfordern. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft braucht gemeinsame Anstrengungen in vielerlei Hinsicht.

Anna Celio Panzeri

Es geht in unserer Arbeit immer um die Würde jedes Menschen und allen Lebens, nicht um deren Wert, Bewertung oder gar Abwertung. Wahr ist, dass jedem Menschen gleiche Würde in unterschiedlicher Prägung von Kultur, Religion und Lebensgestaltung zukommt. Warum? Jeder Mensch ist geburtlich, jeder Mensch ist sterblich. Wir alle leben in Migration, kommen von woher und gehen wohin.

Christoph Sigrist

Integration ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Leistungen der einzelnen Zugewanderten sowie der Engagierten, ob mit oder ohne Migrationserfahrung, sind riesig. Wir – und damit meine ich Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Unternehmen, staatliche Stellen – wir fördern die Chancengerechtigkeit aller Menschen durch die Anerkennung und Stärkung der Ressourcen der Einzelnen und durch den Abbau von Zugangshürden.

Sybille Stolz

En tant que Suisse, je crois aux valeurs d'accueil et d'humanisme de la Suisse. En tant que professionnelle, je constate sa force de transformation continue, ses besoins constants de se construire avec de la main-d'œuvre et des intelligences mixtes.

Albana Krasniqi-Malaj

Der grundsätzliche Widerspruch besteht darin, dass wir in der Schweiz einerseits Arbeits- und Fachkräfte brauchen – und uns diese auch holen. Wir befeuern seit über 60 Jahren damit ein intaktes, wirtschaftlich erfolgreiches, landesweites Businessmodell. Andererseits denken wir ständig darüber nach, wie wir Migration begrenzen wollen oder wie wir zumindest ein Zweiklassensystem aufrechterhalten können, das Migrantinnen nicht die gleichen Rechte zugesteht.

Inés Mateos

Migration kann nur erfolgreich sein, wenn alle Akteurinnen und Akteure zusammen an einem Strang ziehen. Und das wiederum kann nur funktionieren, wenn man alle Seiten in die Diskussion einbezieht und ernst nimmt. Auch die, deren Meinungen für uns nicht nachvollziehbar sind und uns nicht genehm erscheinen.

Iris Seidler Graf





Impressum

Herausgeberin

Eidgenössische Migrationskommission EKM
Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Redaktion

Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti,
Pascal Fendrich

Gestaltung

by Attitude AG, Visp

Copyright Bilder

Christina Baeriswyl: Titelbild, Seiten 11, 12, 13, 17
Schlussbild; Die Sujets auf den Seiten 11, 13 und 17
wurden ursprünglich für die FIZ Fachstelle Frauen-
handel und Frauenmigration entwickelt.

Cecilia Bozzoli: Seite 16

Yoshiko Kusano: Seiten 3, 5, 6, 7, 8/9, 14, 18, 19,
21, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39

Kooni: Seite 10

Keystone-SDA (Frederic Cirou): Seite 15

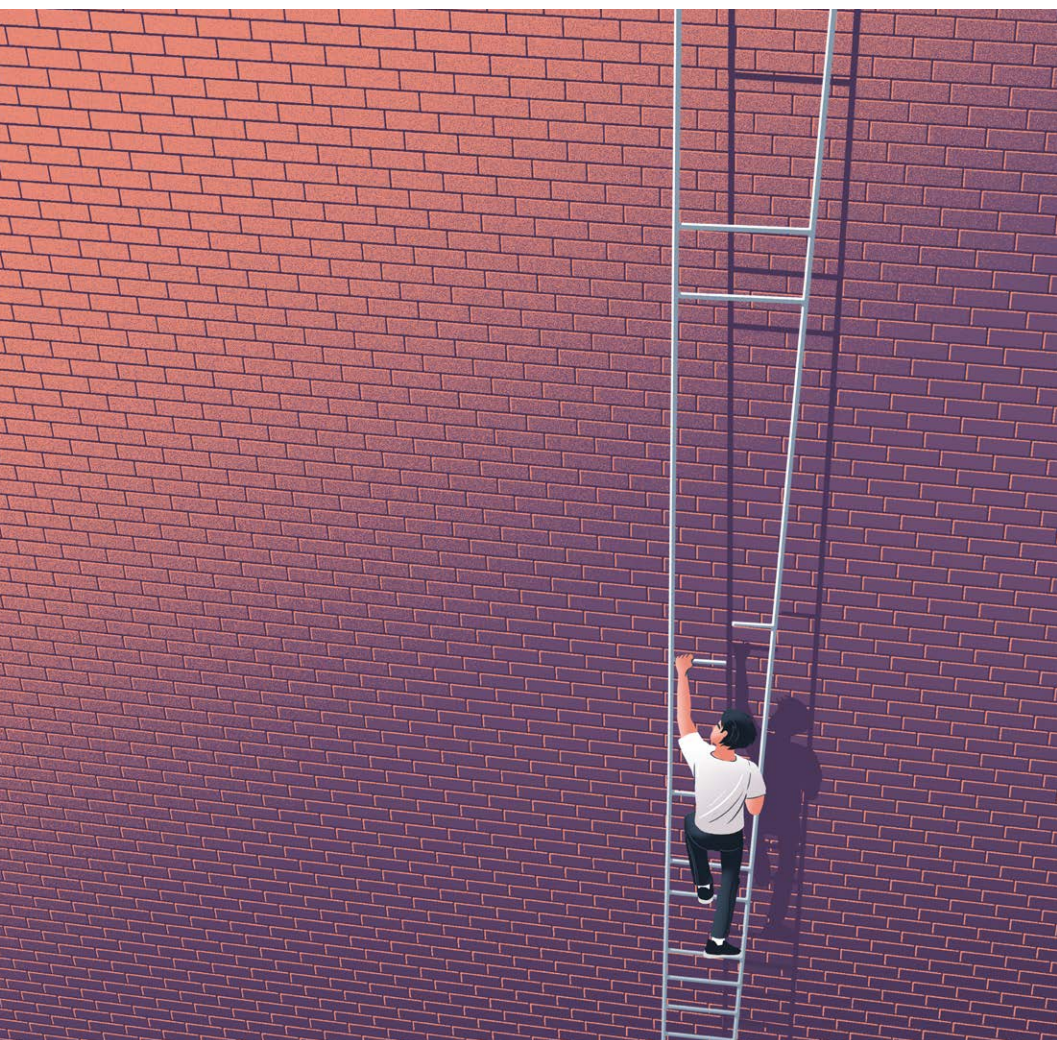
Daniel Sutter: Seite 25

Alex Uehlinger: Seiten 22, 23, 24, 26



Commission fédérale des migrations CFM

Rapport annuel 2023



Migration
plein cadre



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Commission fédérale des migrations CFM

Table des matières

3	<i>Avant-propos</i>
8	<i>Thèmes et activités</i>
10	<i>Protection</i>
12	<i>La sécurité sociale dans la société suisse de migration</i>
13	<i>Droits civiques</i>
14	<i>La diversité dans la société suisse de migration</i>
15	<i>Migration et éducation</i>
16	<i>Enfants et migration</i>
17	<i>La migration à l'interface entre politique intérieure et politique étrangère</i>
18	<i>Encouragement de l'intégration</i>
22	<i>Manifestations</i>
26	<i>Information du public</i>
28	<i>Conseils au Conseil fédéral, aux autorités, aux politiques et aux professionnels</i>
32	<i>Entretien du réseau, groupes de travail et conseils consultatifs</i>
34	<i>Secrétariat</i>
35	<i>Membres</i>



Avant-propos

Walter Leimgruber

Président de la Commission fédérale des migrations CFM

Les thèmes associés à la migration déterminent les élections. Et c'est le cas dans pratiquement tous les pays d'Europe. Les électeurs sont préoccupés par l'immigration, par l'intégration. Et ils ont tendance à voter pour ceux qui proposent des solutions simples et rapides. Des solutions qui ont peu de chances de fonctionner, mais qui sont séduisantes. Cette situation résulte de multiples facteurs :

- Les gouvernements européens ne parviennent pas à faire comprendre à leurs citoyens qu'ils appliquent une politique migratoire cohérente et qu'ils contrôlent les flux migratoires. L'impression de surcharge, d'absence de contrôle et de chaos est devenue prépondérante pour de nombreuses personnes.
- Les partis qui n'imputent pas systématiquement tous les problèmes à la migration n'ont guère de solutions alternatives à proposer. Le fait de minimiser les problèmes, par exemple ceux liés à la criminalité ou à la violence, comme en Suède ou en France, renforce la perte de confiance de la population.
- Certains groupes d'immigrés sont parfois peu crédibles lorsqu'ils réclament la fin des discriminations et l'acceptation de la diversité, tout en défendant des idées antilibérales et discriminatoires sur les genres et des préjugés à l'égard de certains groupes (par ex. les juifs, les LGBTQIA+).

Il faut admettre qu'il ne peut pas y avoir de solutions rapides et simples (d'ailleurs, y en a-t-il encore dans un quelconque domaine social ?). Il faudrait plutôt avoir le courage de repenser les solutions :

- Est-il judicieux de se contenter d'attendre que les gens arrivent en Europe, d'une manière ou d'une autre, pour ouvrir ensuite des procédures d'asile ? Pour nombre de personnes persécutées, cela semble impossible. Pourquoi ne pas les prendre en charge là où elles vivent, dans des camps de réfugiés par exemple ? Pourquoi attendre que les personnes aient parcouru des milliers de kilomètres, dépensé tout leur argent et vécu des expériences terribles avant de mettre en œuvre les procédures, au lieu de se rapprocher le plus possible du pays d'origine, avec des mesures telles que la réinstallation, l'asile octroyé dans les ambassades, la délivrance de visas humanitaires et d'autres formes d'accueil similaires ?
- Les dichotomies entre frontières ouvertes et fermées, entre UE et pays tiers, entre migration du travail et migration liée à l'asile font-elles encore sens ? N'observe-t-on pas l'émergence de multiples formes et processus hybrides qui vont encore gagner en importance à l'avenir avec le changement climatique ? Ne voyons-nous pas l'apparition de problèmes sur le marché du travail qui exigent de nouvelles approches ? Ne voyons-nous pas une porosité croissante entre motifs de fuite individuels, qui seuls donnent droit au statut de réfugié selon la Convention de Genève, et motifs collectifs, qui sont de plus en plus fréquents – et qui conduisent souvent à des solutions intermédiaires étranges comme « l'admission provisoire », en maintenant les personnes dans une absence de perspective, dans une sorte de « nulle part » indéfini ?
- En conséquence, ne conviendrait-il pas de simplifier radicalement les nombreux titres et catégories de séjour dans le domaine de l'asile, qui sont devenus quasiment ingérables ?
- Ne serait-il pas temps d'offrir aux pays dont la population est désireuse de migrer différentes options, en accueillant des groupes pour des motifs économiques, qui seraient formés sur place ou en Suisse ? Ne serait-il pas temps, à l'inverse, d'exiger tout aussi clairement le retour de toutes les personnes qui n'obtiennent pas de permis de séjour ?
- Ne serait-il pas temps de repenser les liens entre État social et migration, en s'affranchissant par exemple des schémas réfléchis exclusivement en termes de compensations financières, et en organisant un soutien et un coaching systématique des personnes qui ont besoin de formation et de travail ?

Non, même avec ce type d'approches, les problèmes auxquels la migration nous confronte ne disparaîtront pas d'un seul coup. Il ne faut pas s'attendre à des miracles, quelle que soit la solution envisagée. Les problématiques sont bien trop complexes pour cela. Il ne faut pas non plus s'attendre à des miracles en ce qui concerne l'acceptation politique des propositions de solutions. Car l'exhortation ritualisée d'exigences maximales et irréalistes est politiquement beaucoup plus facile à élaborer que le travail de fond consistant à négocier des solutions pragmatiques. Surtout lorsque les personnes concernées au premier chef n'ont, en grande partie, pas le droit de participer aux décisions politiques.

Cependant, de nouvelles approches permettraient de faire bouger les lignes. Il s'agirait d'une première étape démontrant à la population que des solutions existent.

Une Commission telle que la CFM est à même d'apporter une contribution en présentant des options et en élaborant des propositions, hors du cadre des guerres de tranchées politiques, constituant un premier pas vers une solution.

Ainsi, le débat sur la migration pourrait être débarrassé de nombreuses « croyances » politiques et redevenir un espace de débat politique.



Avant-propos

Elham Manea

Vice-présidente de la Commission fédérale des migrations CFM

L'objectif de la CFM est de développer une politique migratoire qui réagisse aux enjeux actuels, qui anticipe l'avenir et qui soit également objective, compatissante et intégrative. Je m'inspire de deux perspectives : la première souligne la nécessité de reconnaître que nous sommes interconnectés face aux défis mondiaux. Le concept de « permacrise » définit notre époque et pointe le fait que nous vivons dans un état de crise permanent, qui requiert des solutions collectives. Les mises en garde du Programme des Nations unies pour l'environnement et de l'Organisation internationale pour les migrations concernant l'impact du changement climatique sur la migration constituent un message fort. Elles nous rappellent que notre rôle dépasse le cadre national et nous obligent à appréhender les causes de l'exode par des solutions globales, communes.

La seconde perspective se concentre sur les expériences multiples des femmes migrantes et réfugiées. Les défis auxquels elles font face, qu'il s'agisse de persécutions liées au genre ou de complexité juridique, nécessitent une approche différenciée et globale. La crise des réfugiés ukrainiens et l'apartheid genré en Afghanistan ont mis en évidence la nécessité de prendre des mesures particulières pour protéger les groupes menacés – les problèmes d'intégration des femmes réfugiées exigeant des mesures ciblées.

L'avenir est porteur de défis et d'opportunités. Notre rôle dans l'élaboration d'une politique qui respecte les droits, encourage l'intégration et valorise les contributions, reste crucial. Pour conclure, je voudrais exprimer mon inquiétude face à une certaine perception négative du rôle de la CFM. J'ai souligné son importance. Il semble toutefois que son expertise et sa contribution au sens large ne soient pas unanimement reconnues. Cela constitue un défi majeur pour l'évolution future de la CFM. La tâche la plus importante est d'assurer la reconnaissance, tant par le public que par les institutions, de son rôle d'acteur déterminant dans la gestion des problèmes actuels de migration. Cette reconnaissance est indispensable pour favoriser un dialogue plus pertinent et constructif au regard des défis que nous devons relever ensemble.



Avant-propos

Etienne Piguet

Vice-président de la Commission fédérale des migrations CFM

Si je devais caractériser une évolution importante qui me frappe au cours de douze ans à la CFM en matière de politique migratoire, j'utiliserais le terme parfaitement néologique et intraduisible de « douxrcissement... » (« weiche Härting » n'est pas très approprié...) on pourrait aussi utiliser « oxymoron » qui a l'avantage d'être identique en allemand, « ossimoro » en italien.

De quoi s'agit-il ici ? D'une évolution qui voit coexister, dans les mêmes politiques, restrictivité et ouverture, douceur et dureté, en raison de forces contradictoires. La conséquence de telles tensions rend les résultats de ces politiques difficilement lisibles. Il en découle des lectures très contrastées qui voient certains milieux dénoncer une fermeture excessive tandis que d'autres accusent la même politique de laxisme.

Et il est vrai que la plupart des tentatives internationales visant à mesurer scientifiquement et à comparer l'évolution de la restrictivité des politiques migratoires que ce soit en matière d'asile, d'admission de main-d'œuvre, d'intégration ou d'accès aux droits politiques, donnent l'image d'une étonnante stabilité alors que simultanément¹⁾ et dans le détail de nombreuses mesures restrictives ou progressistes sont prises.

¹⁾ <https://migrationresearch.com/migration-policy-indicators>

²⁾ <https://asile.ch/statistique/besoin-de-protection/>

³⁾ Cf. Etienne Piguet, L'immigration en Suisse – soixante ans d'entrouverture, PPU, Lausanne.



Prenons trois illustrations:

- En politique d'asile d'abord on assiste à un constant durcissement dans de nombreux domaines. L'accès à l'Europe en particulier. Mais simultanément, les tribunaux ont élargi, au fil des années, la définition initiale du réfugié de 1951 centrée sur les persécutions individuelles. Bilan actuel : jamais l'Europe n'a autant protégé, mais jamais l'Europe n'a autant empêché l'accès. En Suisse aussi, les taux de protection ne cessent d'augmenter au fil des décennies – plus de 80% des demandes traitées sont acceptées²⁾ – mais de gros efforts sont faits pour que les pays frontaliers d'Europe dissuadent les candidats à l'asile.
- En matière de politique d'admission ensuite, l'année 2023 sera marquée par le maintien, sur décision du Conseil fédéral, d'une clause de sauvegarde freinant l'immigration de travail en provenance de Croatie – État de l'UE – et de quotas inamovibles de quelques milliers d'entrées pour les non-européens, mais le solde migratoire qui sera annoncé par l'Office fédéral de la statistique battra de loin tous les records historiques des années soixante.
- Enfin, en matière de naturalisation, malgré une loi devenue clairement plus restrictive, les chiffres 2023 semblent s'orienter pourtant vers un retour aux niveaux élevés prévalant avant le durcissement de 2018 mais avec une sélectivité plus grande qui pourrait barrer à certains groupes le chemin du passeport Suisse.
- Que conclure ? Que la Suisse, comme dans le passé, se caractérise par l'entrouverture³⁾. Que ceux qui dénoncent à grand cris des frontières béantes se trompent. Tout comme ceux qui voient la Suisse comme structurellement hostile à la migration. Les deux groupes sont historiquement myopes.

Thèmes et activités

La Commission fédérale des migrations CFM était dirigée jusqu'à fin 2023 par le président Walter Leimgruber. Elle est composée de trente expertes et experts en migration. Le secrétariat qui en fait partie est dirigé par Bettina Looser. En 2023, la présidence, les membres de la Commission, le secrétariat ainsi que différents représentants du monde politique, des autorités et de la recherche se sont penchés sur des questions variées et d'actualité en rapport avec des thèmes clés des politiques de migration et d'intégration. Ces travaux ont eu lieu lors de séances plénières, de comités d'experts, de groupes de travail ou encore d'événements thématiques.

Séances plénières

Au cours de l'année 2023, la Commission s'est réunie plusieurs fois en séances plénières : le 10 mars 2023 à Berne, les 27 et 28 juin 2023 à Bergün, dans le canton des Grisons, et le 12 décembre 2023 à Berne.

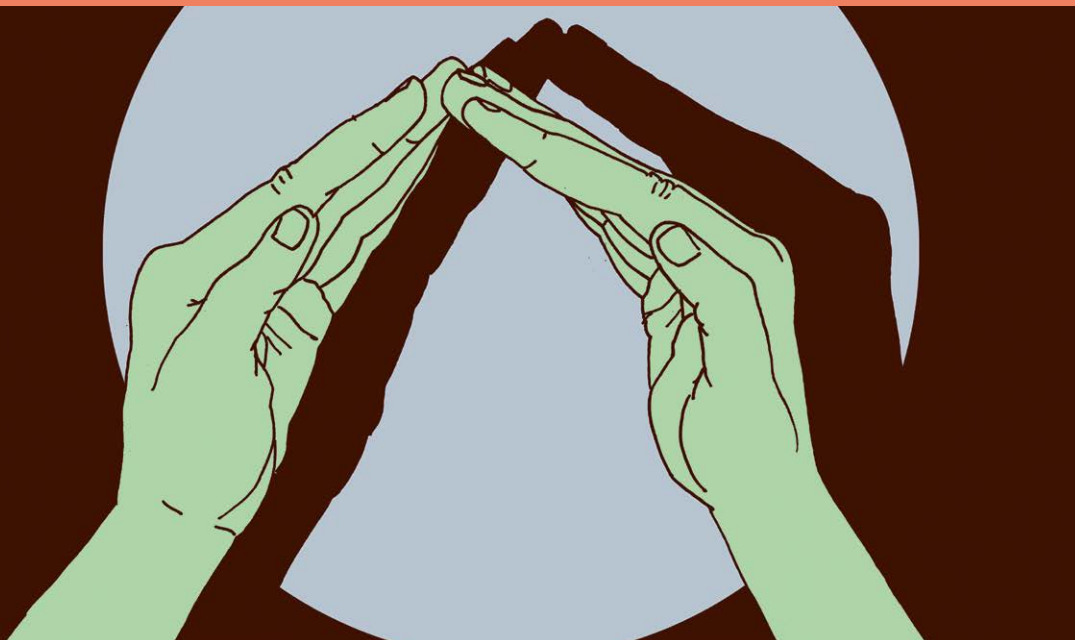
Lors des séances plénières de la CFM, les thèmes phares suivants ont été soumis à l'expertise des membres de la Commission et discutés. La participation d'intervenants et experts externes issus de la société civile, de l'administration et des cercles politiques a également permis d'approfondir les discussions.

Thématiques centrales en 2023 :

- Protection
- Sécurité sociale
- Droits civiques
- Diversité dans la société suisse de migration
- Migration et éducation
- Enfants et migration
- La migration à l'interface entre politique intérieure et politique étrangère







Protection

Protection des personnes en fuite

Sur la base des discussions menées l'année dernière par un groupe de travail interne à la CFM, cette dernière a actualisé et élargi ses recommandations de 2016 sur le thème de la protection. La Commission fédérale des migrations CFM y plaide pour l'introduction d'un statut de protection complémentaire. En outre, offrir une protection plus efficace aux personnes en fuite doit passer par une coopération internationale plus intense, l'établissement de voies d'accès sûres ainsi que la promotion de l'intégration pour tous. Les recommandations ont été publiées en 2023.

Voies d'accès complémentaires en vue de la protection

Concernant le thème des voies d'accès complémentaires, la séance plénière de mars 2023 a été l'occasion d'échanger avec des personnes ayant fui l'Afghanistan, ainsi qu'avec des personnes les ayant soutenues dans cette épreuve. Sabine Haupt, professeure de littérature et directrice du PEN (Poètes, Essayistes, Nouvellistes) Club suisse, a pu sauver la vie de douzaines d'intellectuels afghans grâce au soutien du centre PEN de Suisse alémanique. Elle a travaillé avec beaucoup d'engagement pour que des personnes comme la journaliste Shabnam Simia, qui enquêtait sur le neveu d'un commandant taliban, et le scientifique Atiq Arvand, qui menait des recherches sur l'histoire de la gauche afghane, puissent traverser clandestinement la frontière peu avant la chute de Kaboul et entrer en Suisse en toute sécurité grâce à un visa humanitaire.

David Di Santo de l'Union des étudiant-e-s de Suisse (UNES) a également participé à l'échange relatif aux voies d'accès complémentaires et a présenté son travail lors de la séance plénière de juin 2023. Il participe à la mise en place du programme pilote Students at Risk (StaR) : au travers d'une évaluation au cas par cas, ce programme doit permettre aux étudiants ou aux doctorants issus de régions en crise d'accéder à une protection par le biais de la formation.

Réinstallation

Le 15 juin, le Conseil des États a adopté la motion 23.3096 Hannes Germann par 26 voix contre 18. Cette motion avait pour objectif d'obliger le Conseil fédéral à renoncer à l'accueil de personnes particulièrement vulnérables dans les années 2024 et 2025. Le 14 juin, le Conseil national avait pourtant déjà rejeté la motion 23.3072 de l'UDC allant dans le même sens et visant à suspendre le programme de réinstallation. Le Conseil national a aussi finalement rejeté la motion 23.3096 Germann le 19 décembre.

Lors de sa séance du 16 juin, le Conseil fédéral a donné son feu vert au programme de réinstallation pour les années 2024 et 2025. Durant cette période, la Suisse accueillera jusqu'à 1600 réfugiés ayant particulièrement besoin de protection et se trouvant dans des situations précaires dans des pays de premier accueil. Ce programme ne sera toutefois activé qu'après concertation avec les cantons et les communes et à condition que la situation en matière d'hébergement et de prise en charge des personnes relevant du domaine de l'asile se soit nettement détendue.

En tant que membre du groupe de travail sur la réinstallation du SEM, la CFM a été informée des projets du Conseil fédéral. La CFM a défendu le point de vue selon lequel la reprise du programme de réinstallation est un élément important pour la protection des personnes en fuite et qu'il est donc absolument nécessaire de le poursuivre.

Visas humanitaires pour les réfugiés

En juin 2023, la conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider a annoncé son intention d'assouplir les conditions d'octroi de visas humanitaires. Elle souhaitait discuter de ce projet avec le Conseil fédéral et, de manière générale, explorer les possibilités juridiques et politiques dans ce domaine.

La CFM a mis à disposition du Secrétariat général du DFJP un document de principe non publié qu'elle avait rédigé pour l'audition de la Commission des institutions politiques du Conseil des États CIP-E sur le thème « Asile dans les ambassades et/ou visas humanitaires élargis : composantes nécessaires d'un système de protection cohérent ? ».





La sécurité sociale dans la société suisse de migration

« La sécurité sociale dans la société suisse de migration » constituait le thème de la Conférence annuelle 2023 de la CFM. À cette occasion, la CFM a discuté des aspects individuels et sociétaux de l'(in)sécurité sociale en Suisse. Des chercheurs, des personnes concernées par la pauvreté ainsi que des experts issus de la pratique et du monde politique, ont identifié les défis et échangé sur des pistes de solutions. La conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider a prononcé le discours liminaire.

La pauvreté n'est pas un crime

Les droits sociaux sont conçus différemment selon les divers groupes de population. Il y a par exemple des inégalités de traitement dans l'accès à l'aide sociale.

Grâce à son initiative « La pauvreté n'est pas un crime », la conseillère nationale Samira Marti a veillé à ce que ce thème figure également à l'agenda politique en 2023. Le 29 avril, la Commission des institutions politiques du Conseil national CIP-N a soutenu l'initiative pour la deuxième fois consécutive. La CIP-N a ainsi exprimé sa volonté de dissocier le recours aux prestations de l'aide sociale du statut de séjour. Le 12 juin 2023, le Conseil des États a finalement ouvert la voie : les étrangers qui vivent depuis dix ans ou plus dans le pays et qui bénéficient de l'aide sociale sans dettes ne seront plus contraints de mettre en jeu leur autorisation de séjour. Après l'approbation du Conseil des États, sa commission des institutions politiques est désormais à même d'élaborer un projet de loi. La CFM a observé et soutenu ce processus.

Droits civiques

Les droits civiques englobent non seulement les droits politiques, mais aussi les droits sociaux et civils. La naturalisation permet aux étrangers de devenir des citoyens suisses, ce qui leur donne accès à la totalité des droits civiques. En 2023, la CFM a mis l'accent sur les questions relatives à la naturalisation ordinaire.

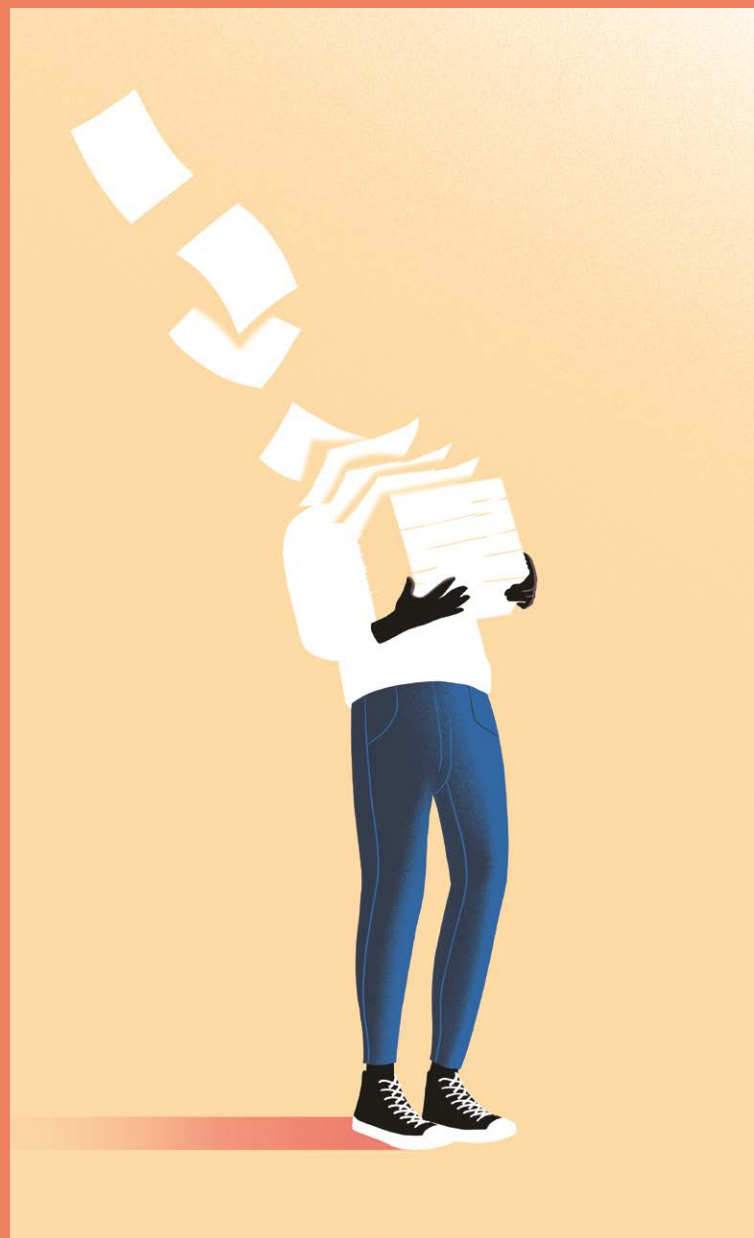
Étude sur la naturalisation ordinaire

La CFM souhaitait comprendre l'impact de la nouvelle loi sur la nationalité sur la naturalisation ordinaire des étrangers. Elle a donc mandaté une étude : Philippe Wanner, démographe à l'Université de Genève, Rosita Fibbi, sociologue à l'Université de Neuchâtel, et Barbara von Rütte, chercheuse en droit à l'Université de Bâle et membre de la CFM, y démontrent que la loi sur la nationalité, entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2018, a un effet encore plus sélectif que l'ancienne loi sur la nationalité de 1952. Les personnes naturalisées selon le nouveau droit disposent d'un capital culturel et économique nettement plus élevé. La probabilité que des personnes issues de milieux à faibles capacités financières et peu instruites soient naturalisées a considérablement décliné. Rosita Fibbi a présenté les résultats de l'étude lors de la séance plénière de juin à Bergün. Les membres de la CFM ont ensuite débattu des voies possibles pour parvenir à une citoyenneté plus inclusive.

L'étude Wanner/Fibbi/Rütte sur la naturalisation ordinaire sera publiée au printemps 2024.

Intégration sociale et politique dans le canton des Grisons

Lors de la séance plénière de Bergün, la Commission a en outre échangé avec des représentants de l'administration et des cercles politiques. Felix Birchler, chef du service de l'intégration, et Jon Peider Arquint, chef de la division citoyenneté et droit civil de l'Office des migrations et du droit civil, ont présenté les défis des politiques de migration et d'intégration dans le canton des Grisons. Le conseiller national Jon Pult a complété les analyses des orateurs précédents- S'appuyant sur cinq thèses, il a notamment encouragé l'auditoire à oser proposer un narratif positif sur la migration et l'intégration.





La diversité dans la société suisse de migration

En 2023, la CFM s'est penchée sur le thème de « La diversité dans la société suisse de migration ». Lors des séances plénières, différentes approches de ce thème ont été mises en lumière.

La diversité dans les programmes d'encouragement de la CFM

Lors de la séance plénière de mars, Vjosa Gërvalla, directrice d'albinfo.ch, a évoqué l'importance de la diversité dans le projet intitulé « La Voix de la Diversité » et soutenu par le programme de la CFM « Citoyenneté – échanger, créer, décider ». Elle a présenté comment le projet travaille avec différents jeunes et les encourage à faire entendre leur voix dans l'espace public. La « Voix de la Diversité » vise à donner aux jeunes issus de milieux divers les moyens de participer activement à la société dans laquelle ils vivent. Le projet montre que les différences enrichissent la société démocratique.

Diversité dans l'administration fédérale

Liliane Meyer Pitton, déléguée à la diversité et à l'inclusion au Secrétariat d'État aux migrations (SEM), a rendu compte des développements au sein du SEM lors de la séance plénière de juin. Le sujet de la diversité a désormais été intégré dans la stratégie du SEM et des mesures ont été prises pour mettre l'accent sur cette thématique. Un monitoring permet de surveiller la mise

en œuvre des mesures et d'en évaluer les effets. Pour Liliane Meyer Pitton il est important que la diversité et l'inclusion sortent du contexte RH et soient ancrés dans la globalité de l'organisation.

Diversité au sein des institutions

Lors de la séance plénière de juin, les membres de la CFM ont analysé la question de la diversité au regard des contextes dans lesquels ils sont engagés professionnellement. Ils ont débattu des mesures appropriées afin de promouvoir la diversité. Lors de la séance plénière de décembre, ce travail a débouché sur une déclaration de principe de la CFM, qui définit de manière concise la position de la Commission dans ce domaine.

Diversité dans le débat public

Lors de la séance plénière de décembre, Kijan Espahangizi, historien à l'Institut d'histoire de l'Université de Zurich, a présenté ses thèses sur la question de la diversité liée à la migration. A cette occasion, il a présenté le concept de deep diversity. Diversité et intégration ne sont, dans cette perspective, pas des états idéaux qui s'opposent, mais des processus de transformation sociale interconnectés, qui recèlent à la fois des opportunités et des risques. Il a suggéré de ne pas raisonner à partir d'objectifs fixes, mais plutôt d'adopter une attitude réflexive.



Migration et éducation

Accès aux études supérieures pour les réfugiés

Par le biais de son travail, l'Union des étudiant-e-s de Suisse (UNES) œuvre à une Suisse qui reconnaît, encourage et utilise le potentiel de ses habitantes et habitants. Dans ce contexte, l'association s'engage afin que les personnes réfugiées disposant de qualifications aient accès aux études dans les hautes écoles suisses. En 2023, un partenariat entre la CFM et l'UNES a été lancé dans le cadre du projet « Perspectives – Études 3.0 ».

Ce partenariat

- approfondit les formes de collaboration existantes ;
- élargit les possibilités des associations d'étudiants dans l'accompagnement et le soutien des réfugiés ;
- permet aux personnes concernées de prendre part aux discussions ;
- soutient l'ancrage d'offres de passerelles académiques dans les structures des hautes écoles et contribue ainsi à l'amélioration durable de l'accès aux hautes écoles pour les réfugiés.

La formation professionnelle des jeunes sans-papiers et des adolescents dans le cadre de l'aide d'urgence

Les jeunes sans-papiers et les adolescents à l'aide d'urgence se trouvent confrontés à des obstacles pratiquement insurmontables s'ils veulent accéder à la formation professionnelle. La CFM a pris nettement position sur la modification planifiée de l'article 30a de l'Ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA) dans le but d'attirer l'attention sur ces entraves. De son point de vue, les propositions qui y sont envisagées vont certes dans la bonne direction, mais sont bien trop hésitantes pour avoir l'impact nécessaire. Pour offrir les mêmes chances à tous les jeunes dans le domaine de la formation, des mesures beaucoup plus larges sont nécessaires. Dans sa prise de position, la Commission esquisse les solutions nécessaires à cet effet.

Enfants et migration



Les enfants du placard

Le documentaire « Au pays des enfants interdits » (2023), met en lumière un chapitre sombre de la politique des étrangers en Suisse, à savoir le traitement réservé aux travailleurs saisonniers et à leurs familles. La discussion lors de la séance plénière de mars 2023 avec les réalisateurs Jörg Huwyler et Beat Bieri, ainsi qu'avec le psychothérapeute Egidio Stiliano et la psychologue Marina Frigerio, qui ont vécu personnellement les conséquences du statut de saisonnier ou connaissent les destins de saisonniers de près, a permis d'aborder les défis liés au traitement de cette question et le rôle que pourrait jouer la CFM sur ce sujet.

Lors de la séance plénière de décembre 2023, Kristina Schulz, historienne à l'Université de Neuchâtel, a présenté l'état actuel de ses recherches sur les « enfants cachés ». Elle a abordé le sujet d'un point de vue historique et a montré les possibilités d'en tirer des conclusions pour le présent.

Le postulat « Pour un examen historique du statut de saisonnier et de ses répercussions sur les enfants concernés et leurs familles » (23.4509), déposé par la conseillère nationale Irène Kälin le 22 décembre 2023, va dans le même sens. Celui-ci charge le Conseil fédéral d'examiner comment l'histoire du statut de saisonnier en Suisse, aboli en 2002, et ses conséquences peuvent être traitées en tant qu'épisode de l'histoire suisse récente. L'accent doit être mis sur les enfants concernés et leurs familles. La CFM continuera à se pencher sur ce sujet en 2024.

Les mineurs non accompagnés

Le nombre de mineurs non accompagnés cherchant une protection en Suisse a encore nettement progressé en 2023. Lors de la séance plénière de juin 2023, Claudio Martelli, directeur suppléant, et Marcel Suter, vice-directeur du Secrétariat d'État aux migrations (SEM), ont exposé les défis auxquels l'administration est confrontée au regard de l'hébergement de ces enfants et adolescents non accompagnés. Ils ont notamment expliqué qu'il était devenu de plus en plus difficile de trouver suffisamment de personnes de référence ayant une formation socio-pédagogique. Cela a incité l'administration à mettre au point des modèles de prise en charge alternatifs.

Barbara von Rütte, membre de la Commission et chercheuse en droit à l'Université de Bâle, a en outre replacé la situation des mineurs non accompagnés dans une perspective des droits de l'enfant.

Les enfants dans le cadre de l'aide d'urgence

Quiconque continue à séjourner en Suisse après une demande d'asile rejetée et se retrouve à l'aide d'urgence vit dans une « illégalité régulière ». Les spécialistes s'accordent à dire que la vie dans le cadre de l'aide d'urgence est difficile pour les enfants. Cependant, les pratiques cantonales diffèrent considérablement en ce qui concerne l'hébergement et la prise en charge des enfants à l'aide d'urgence.

Mandatée par la CFM, Patricia Lannen, directrice de l'Institut Marie Meierhofer pour l'enfant (MMI), a mené une étude se concentrant sur les perspectives et réalités des personnes concernées. L'étude documente de façon systématique la situation des enfants et des jeunes dans le cadre de l'aide d'urgence. Cette étude se trouve en phase de finalisation en 2023. Elle sera suivie en 2024 d'une journée de travail prenant la forme d'une médiation regroupant les différentes parties prenantes afin de discuter des efforts communs nécessaires pour améliorer la situation des enfants et des jeunes à l'aide d'urgence. Le rapport du MMI sera publié à la suite de ce processus.

La migration à l'interface entre politique intérieure et politique étrangère

Global Refugee Forum 2023

Le [Global Refugee Forum](#) s'est tenu du 13 au 15 décembre 2023 à Genève à l'échelle ministérielle. Étant donné que pour une meilleure protection des réfugiés, la présence de tous les intervenants est requise autour d'une même table, outre les représentants des 193 États membres des Nations unies, des acteurs de la société civile avaient aussi été invités (« whole of society approach »).

En se basant sur les progrès réalisés à l'occasion du premier forum en 2019, ce deuxième forum mondial sur les réfugiés a permis aux participants de présenter de nouvelles contributions financières ou de nouveaux programmes, ainsi que d'échanger sur les différentes « bonnes pratiques » relatives à la mise en œuvre du Pacte mondial sur les réfugiés.

La composition de la délégation suisse a suivi le principe de la « whole of society approach ». La directrice, Bettina Looser, représentait la CFM. La Commission a en outre été présentée comme « [bonne pratique](#) ».

Exploration des contributions possibles de la CFM à l'interface entre politique étrangère et politique intérieure

Une conférence sur le thème « Bridging Academia and Humanitarian Response to Support Children and Vulnerable Population », organisée par l'Université Comenius de Bratislava et l'Unicef, s'est tenue en novembre 2023. La directrice de la CFM, Bettina Looser, s'y est rendue en tant que représentante de la Suisse. Dans le cadre de cette visite, elle s'est entretenue avec l'ambassadeur suppléant de la Suisse en Slovaquie, Jürg Schneider, afin de discuter des contributions possibles de la CFM en lien avec une coopération thématique transnationale.

La directrice a ensuite rencontré à Vienne l'ambassadrice de Suisse en Autriche, Salome Meyer, afin d'explorer ensemble les contributions possibles de la CFM à l'interface entre politique intérieure et politique étrangère. Les deux thèmes « accès des réfugiés aux hautes écoles et à la formation professionnelle » et « participation culturelle dans la société de migration » ont été identifiés comme deux domaines dans lesquels la CFM pourrait apporter son expertise.





Encouragement de l'intégration

L'encouragement de l'intégration est une tâche qui concerne l'ensemble de la société. Cette tâche est avant tout assurée dans les écoles, au travail, lors de la formation professionnelle, ainsi que dans d'autres structures ordinaires. La Confédération, les cantons et les communes investissent des moyens supplémentaires pour la promotion de l'intégration spécifique. Celle-ci vient compléter et renforcer les offres des structures ordinaires.

C'est la raison pour laquelle, dans le cadre de leur promotion de l'intégration spécifique, la Commission fédérale des migrations CFM et le Secrétariat d'État aux migrations SEM soutiennent des projets et programmes d'importance nationale, en complément des programmes d'intégration cantonaux PIC.

Actuellement, les programmes suivants sont en cours à la CFM : le Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider » pour promouvoir la participation politique et le Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation » pour promouvoir la participation culturelle.

Préparation et lancement des programmes d'encouragement de la CFM (phase de programmes 2024–2027)

En 2023, le secrétariat de la CFM a entrepris d'importants préparatifs afin que les deux programmes en cours puissent être relancés à partir de 2024. Tous les moyens de communication et les documents de base, ainsi que les listes de critères, ont été révisés ; le portail

pour le dépôt de nouvelles demandes de projets et les pages web ont été revus. Par ailleurs, de nouveaux flyers et brochures ont été créés à l'intention des porteurs de projets et des autres cercles intéressés. Tous les documents et supports sont disponibles en allemand, français et désormais aussi en italien. En outre, les processus de collaboration opérationnelle et les interfaces avec les départements correspondants du Secrétariat d'État aux migrations (SEM) ont été optimisés à grande échelle.



Accompagnement et contrôle-qualité des projets en cours

En parallèle aux préparatifs pour la relance des deux programmes, le secrétariat a assuré un appui continu aux nombreux projets déjà en cours. En addition aux activités de contrôle-qualité et du suivi de la bonne mise en œuvre des projets, le secrétariat a également fourni un accompagnement sur certains processus aux projets qui en ont fait la demande (appui à la planification ou adaptation des outils de planification, rapportage, etc.). Le crédit d'encouragement prévu pour 2023 a été entièrement utilisé.

Les listes des projets soutenus par les Programmes « Citoyenneté – échanger, créer, décider » et « Nouveau Nous – culture, migration, participation » sont disponibles sur le site web de la CFM.

Chantier « Citoyenneté »

En mai 2023, les porteurs de projets ont rencontré la CFM à l'occasion du chantier « Citoyenneté », en vue de mettre au point ensemble des solutions dédiées aux thèmes suivants :

- Amélioration de l'accès à l'encouragement de projets
- Élargissement des possibilités d'échanges
- Renforcement de la visibilité du programme

De nombreux porteurs de projets ont participé à l'échange.

Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider »

La question de la participation politique dans la société suisse de migration est au cœur du Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider ». Son objectif est d'encourager l'engagement du plus grand nombre sur les enjeux de société et de permettre à chacun de contribuer activement à façonner les rapports sociaux. Pour la Commission fédérale des migrations CFM, il est essentiel que des cercles de population, aussi larges que possible, soient impliqués dans la pratique et l'adaptation continue des processus politiques. La CFM est convaincue qu'une Suisse démocratique implique que l'ensemble de sa population puisse s'exprimer et participer aux décisions.

C'est pourquoi la CFM a lancé le Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider » en 2009. Le Programme soutient à la fois des projets qui visent à faire connaître les mécanismes existants pour la participation politique, mais aussi des initiatives permettant d'explorer de nouveaux canaux de participation.

Le Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider » soutient des initiatives et processus qui améliorent la participation politique de l'ensemble de la population dans la société suisse de migration. Le programme encourage des projets participatifs dont l'objectif est d'offrir à de larges cercles de la population la possibilité d'influencer les rapports sociaux et de participer à la prise de décisions politiques.

Partenariats

La CFM encourage l'institutionnalisation des possibilités de participation politique par le biais des partenariats sélectionnés suivants :

Union des Étudiant-e-s de Suisse (UNES)

- À travers son travail, l'[UNES](#) apporte une contribution à une Suisse qui reconnaît encourage et met à profit le potentiel de ses habitants. Dans ce contexte, l'association s'engage aussi pour que les réfugiés qualifiés puissent étudier dans les hautes écoles suisses. En 2016, l'UNES a mis sur pied le projet « Perspectives – Études ». À la demande de la CFM, le SEM a soutenu financièrement le projet « Perspectives – Études 2.0 » de 2019 à 2022.
- Pour la période 2023–2026, la CFM et l'UNES entendent intensifier leur collaboration dans le cadre du projet « Perspectives – Études 3.0 » afin de continuer à améliorer l'accès des réfugiés aux hautes écoles.

Conseil suisse des activités de jeunesse (CSAJ)

- Le [Conseil suisse des activités de jeunesse CSAJ](#) est l'association faitière d'une soixantaine d'organisations de jeunesse en Suisse représentant plus de 500'000 jeunes et enfants. Il porte les demandes de ces organisations et des jeunes auprès des autorités, d'organes politiques et de la sphère publique. Le CSAJ entretient une culture participative – interne et externe – qui permet aux différents acteurs de contribuer aux processus décisionnels, indépendamment de leur nationalité, âge, religion, orientation sexuelle, etc. Il œuvre pour élargir les possibilités de concertation, de co-construction et de codécision.
- Le partenariat établi entre la CFM et le CSAJ couvre la période 2017–2026. Il vise à susciter des activités qui permettent de promouvoir la participation politique et d'ancrer la citoyenneté dans les structures du CSAJ et dans ses organisations membres.

La Fédération Suisse des Parlements des Jeunes (FSPJ)

- La [FSPJ](#) est le centre de compétences, politiquement neutre, pour l'éducation à la citoyenneté et la participation politique. Elle réunit actuellement 51 Parlements des jeunes, Conseils des Jeunes ou organisations analogues. La FSPJ soutient les Parlements et Conseils des jeunes déjà en place en Suisse et au Liechtenstein, encourage la création de nouvelles structures similaires et renforce la participation politique des adolescents et des jeunes adultes. Son engage-

ment vient consolider le système politique suisse, en particulier l'activité politique de milice, la démocratie directe et la culture du débat démocratique.

- Dans le cadre du Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider », la CFM et la FSPJ collaborent étroitement de 2021 à 2024. Par le biais de ce partenariat, la FSPJ soutient les actrices et acteurs locaux pour le développement et la mise en œuvre de leurs projets d'encouragement de la participation politique.

Fondation Dialogue (Campus pour la démocratie)

- Le [Campus pour la démocratie](#) a été fondé par la Fondation Dialogue, en coopération avec la Nouvelle Société Helvétique, afin de renforcer la démocratie. Le Campus pour la démocratie est une plateforme pour les acteurs et actrices de la pratique et du domaine de la recherche, dont l'objectif est de promouvoir la participation politique et l'éducation à la citoyenneté, en particulier celles des enfants, des jeunes et des résident-e-s sans nationalité suisse. Il veut conforter et accompagner les acteurs et actrices de la citoyenneté dans leurs activités, mettre les synergies en évidence, promouvoir l'échange du savoir et créer un réseau vivant et hétérogène d'écoles, d'associations, de partis, de villes et de communes, de cantons, d'institutions publiques, de travail social, de hautes écoles, d'entreprises, de projets, d'ONG et de fondations.
- Le partenariat entre la CFM et la Fondation Dialogue s'étendra de 2021 à 2024. Les activités du Campus pour la démocratie contribuent à améliorer l'accès aux processus d'échanges, de création et de décision dans la société suisse de migration et à ancrer la participation politique dans les structures ordinaires.

Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation »

La Suisse est une société de migration. 40 pour cent de la population suisse est issue de la migration (OFS 2022). Les villes, agglomérations et villages suisses vivent la diversité au quotidien – avec tous ses défis et opportunités.

Cependant, les images, narratifs et débats publics sont souvent empreints de stéréotypes distinguant entre « nous » et « les autres ». Cela peut mener à une polarisation et à l'exclusion de ceux identifiés comme étant « les autres ». Une société démocratique doit donner de l'espace à la diversité des voix et ainsi promouvoir une culture publique « polyphonique », afin que l'ensemble de la population se sente reconnu et éprouve un sentiment d'appartenance.

C'est dans ce contexte que la CFM a lancé le Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation ». Celui-ci soutient des projets culturels participatifs qui questionnent les images, histoires, discours et mises en scène du « nous et les autres », tout en développant et présentant des alternatives à ce schéma. Le domaine de la culture est d'une importance majeure pour la société dans sa globalité. Les groupes et individus qui la constituent doivent pouvoir y trouver un espace afin d'exprimer leur vision d'eux-mêmes, leurs valeurs, mais aussi leurs questionnements et craintes. Le programme renforce ainsi l'engagement culturel de larges couches de la population, la cohésion sociale et le sentiment d'appartenance polyphonique au sein de la société suisse de migration.

« Pratique d'encouragement culture et intégration » avec l'OFC, le SEM, la CFM et Pro Helvetia

L'Office fédéral de la culture OFC, le Secrétariat d'État aux migrations SEM, la Commission fédérale des migrations CFM et Pro Helvetia ont entamé en 2023 un deuxième cycle de collaboration dans le cadre de la « Pratique d'encouragement culture et intégration ». Ils ont préparé ensemble la publication des principes élaborés lors du premier cycle de collaboration et visant à favoriser l'ancrage structurel de la participation culturelle, ainsi qu'un commentaire présentant et contextualisant ces principes. Dans le même temps, une conférence commune sur la participation culturelle a été préparée pour l'année prochaine avec l'objectif de soumettre ces principes à discussion auprès d'un large public de spécialistes.

Nouvelle coopération avec le Musée national

Dans le cadre du Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation », le Musée national, sous la houlette de sa directrice Denise Tonella, et la CFM, sous la direction de son président, Walter Leimgruber, ont mis sur pied une collaboration qui se déploiera sur plusieurs années et sera dédiée à l'encouragement commun de la participation culturelle. Pour débiter, une nouvelle exposition intitulée « Italianità » a été conçue. Elle se tiendra en 2024.

Le Programme « Nouveau Nous – culture, migration, participation » de la Commission fédérale des migrations CFM soutient des projets qui renforcent de manière active et pérenne la participation culturelle de toutes et de tous dans la société suisse de migration polyphonique.





Manifestations

Conférence annuelle 2023 de la CFM – « La sécurité sociale dans la société de migration » au Casino de Berne

Les personnes se retrouvant dans le besoin en Suisse sont soutenues par un filet de sécurité sociale. Des rentes, l'aide sociale, des allocations ou encore une prise en charge des coûts en cas de maladie ou d'accident leur offre une protection.

Mais dans la société suisse de migration, tous ne bénéficient pas de la même protection. Les personnes sans passeport suisse doivent s'attendre à des conséquences relevant du droit des étrangers en cas de recours à l'aide sociale. Certaines d'entre elles renoncent donc à l'aide sociale et font la queue auprès d'œuvres d'entraide, s'endettent ou économisent sur les besoins de base. D'autres sont également concernés : les working poor, les sans-papiers, les personnes sans domicile fixe ou encore les réfugiés dont l'aide sociale est fortement réduite tombent entre les mailles du filet pour se retrouver dans la précarité et la pauvreté.

Lors de sa Conférence annuelle 2023, la CFM s'est penchée sur les aspects sociétaux et individuels de l'(in)sécurité sociale. Des chercheuses et chercheurs, des personnes en situation de pauvreté ainsi que des expertes et experts issus du terrain et du monde politique ont échangé sur ces défis et les pistes de solutions possibles.

Dans la matinée, les multiples questions que soulèvent les liens entre sécurité sociale et migration ont été abordées en s'appuyant sur l'état de la recherche dans le domaine. Quel rôle joue la sécurité sociale dans la politique d'intégration ? Que signifie, du point de vue du droit constitutionnel, le fait que des personnes sans passeport suisse soient traitées différemment en matière de sécurité sociale ? Quel est l'influence du recours à l'aide sociale sur l'intégration dans le marché du travail ou sur le taux de criminalité des réfugiés ? Comment la cohésion sociale et la solidarité sont-elles liées à la situation et sécurité sociale de chaque individu – et qu'est-ce que cela signifie pour la société suisse de migration ?

En fin de matinée et au cours de l'après-midi, des acteurs et actrices de la recherche et du terrain, en dialogue avec des personnes précarisées, ont présenté des projets innovants et participatifs de lutte contre la pauvreté. Lors de la table ronde finale, des représentantes et représentants du monde politique ont échangé sur la thématique du jour sous l'angle des politiques sociale et migratoire. Ce débat fut une occasion d'explorer, ensemble, si et selon quelles modalités la sécurité sociale peut être rendue accessible pour toutes et tous dans la société de migration.



Chantier de la Citoyenneté 2023

au Eventforum à Berne

Au cours d'interludes, le rappeur Milchmaa a contribué à nourrir les réflexions des participants par les textes de ses chansons issues des albums « -muet » et « -iç » et portant sur les thèmes de la pauvreté, de l'identité et de la migration.

Pendant les pauses, les quelque 230 participants ont pu découvrir l'exposition d'infographies de Marina Bräm et portant sur la « main-d'œuvre dans la zone grise ». Par ailleurs, le magazine de rue « Surprise » a pu présenter sa publication et son travail sur les tours de ville sociaux, tout en mettant en évidence le rôle du thème de la migration.

Les photos et les présentations de la conférence annuelle de la CFM 2023 sont publiées sur [la page web de la CFM](#).

Pour combler les lacunes existantes dans le domaine de la participation politique, la Commission fédérale des migrations CFM a lancé voici 14 ans le Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider ».

Ce Programme et ses instruments – projets, partenariats et Chantiers de la Citoyenneté – sont un succès. C'est ce que montre l'évaluation externe menée par les experts d'Interface. Depuis le lancement du Programme en 2009, plus de 170 projets et cinq partenariats ont été soutenus. Ceux-ci ouvrent de multiples voies pour s'engager dans la société suisse de migration et permettent à celles et ceux qui n'étaient que spectateurs de devenir acteurs.

Le 31 mai 2023, le secrétariat de la CFM a convié les porteurs et porteuses de projets ainsi que les partenaires du Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider » pour discuter avec eux des résultats de l'évaluation et du futur développement du Programme. Le but était de trouver ensemble des voies pour faciliter l'accès au Programme, pour en améliorer la visibilité et pour renforcer les échanges.

Les résultats du chantier « Citoyenneté » 2023 sont disponibles au public sur [la page internet de la CFM](#).



Conférence annuelle CFM 2023

**Sécurité sociale dans la
société suisse de migration**

Judi 6 avril 2023
Casino Bern

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Commission fédérale des migrations CFM



Programme

08.45 Ouverture des portes

09.15 Accueil

Étienne Piguet, vice-président CFM

09.20 Les défis actuels de la politique suisse de migration

Élisabeth Baume-Schneider, Conseillère fédérale, DFJP

09.40 Intermezzo: Milchmaa

09.50 Sécurité sociale et droit à l'aide sociale et d'urgence: un regard du point de vue des droits fondamentaux sur les inégalités dans la société suisse de migration

Eva Maria Belser, Département de droit public, Université de Fribourg

10.20 Pause

10.50 Les effets de l'aide sociale sur l'intégration sur le marché du travail et le taux de criminalité des réfugiés

Dominik Hangartner, Département Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften, EPF Zurich

11.20 Solidarité sélective: qui est solidaire avec qui dans la société de migration?

Jean-Pierre Tabin, Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HES-SO)

11.40 Intermezzo: Milchmaa

11.50 Conditions de vie et état de santé des migrants nouvellement régularisés: quelles leçons de l'Opération Papyrus?

Claudine Burton-Jeangros, Département de sociologie, Université de Genève

Une langue facile à lire, une meilleure compréhension? Les effets de la langue facile à lire dans l'administration publique

Flavia Hug, KOF Konjunkturforschungsstelle und Immigration Policy Lab, EPF Zurich

12.20 Intermezzo: Milchmaa

12.30 Repas

13.45 Obstacles du recours à l'aide sociale et chances d'une nouvelle observation de la pauvreté

Oliver Hümbelin, Département Travail Social, Haute école spécialisée bernoise

« Et si vous nous donniez la parole » – Tenir compte des savoirs d'expérience des personnes concernées

Mirjam Zbinden, Office fédéral des assurances sociales OFAS

14.15 Intermezzo: Milchmaa

14.25 Changer de perspective sur la pauvreté – avec un cours spécialisé sur le développement de projets participatifs

Emanuela Chiapparini, Kevin Bitsch et Gabriela Feldhaus, Haute école spécialisée bernoise

Vaincre la pauvreté – avec les personnes qui la vivent. Impressions du projet de recherche participative « Pauvreté – Identité – Société » de ATD Quart Monde

Michael Zeier, coordinateur du projet « Pauvreté – Identité – Société », Christian Vukasovic, co-chercheur du projet « Pauvreté – Identité – Société »

14.55 Pause

15.25 Discussion: La sécurité sociale – pour tous? Réponse politique aux défis actuels

Marianne Binder-Keller, Conseillère nationale, canton d'Argovie

Thierry Apothéloz, Conseiller d'État, État de Genève

Markus Kaufmann, Secrétaire général, CSIAS

Beat Ringger, auteur et ancien secrétaire exécutif du Denknetz

16.20 Résumé

Walter Leimgruber, président de la CFM

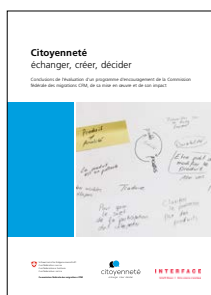
Modération

Bettina Looser, directrice CFM

16.30 Fin de la manifestation



Information du public



Rapport d'évaluation du Programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider »

Les résultats de l'évaluation du programme ont été présentés dans une publication qui fournit un large aperçu du contenu du programme et des projets encouragés.

Les outils du programme y sont également présentés :

- Projets – un pool d'idées innovantes
- Partenariats – un engagement commun en faveur de la modification des structures
- Ateliers – des lieux d'échange et de mise en réseau

Depuis 2009, quelque 170 projets ont saisi l'opportunité d'expérimenter de nouvelles formes de participation politique avec le soutien du programme « Citoyenneté – échanger, créer, décider ». Pour la période couverte par l'évaluation (2015-2021), 76 projets ont été soutenus. La CFM a conclu un partenariat avec cinq porteurs de projets. Des fonds d'encouragement s'élevant à 5.9 millions de francs ont été mobilisés pour soutenir des organisations publiques et privées pendant cette période.



Vidéo « Naturalisation facilitée des étrangers de la 3e génération »

Afin de faciliter réellement la naturalisation des personnes dont les grands-parents avaient déjà immigré en Suisse, et dont les parents ont été scolarisés en Suisse, la CFM avait développé la vidéo explicative « alors, on se fait naturaliser ? ». Cette vidéo, très appréciée du groupe cible, a été visionnée des milliers de fois. Elle est disponible en ligne sur [le site internet du SEM](#) depuis le 1^{er} février 2023.



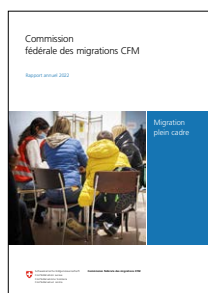
Nouvelles recommandations de la CFM « Protection pour les personnes en fuite »

Dans le contexte de la guerre en Ukraine mais aussi du nombre croissant de demandes d'asile individuelles de personnes issues d'autres régions en crise, la CFM a actualisé et élargi ses recommandations sur la « Protection pour les personnes en fuite ».

La CFM propose d'introduire un statut de réfugié complémentaire pour offrir une protection aux personnes qui ne peuvent pas prouver qu'elles sont persécutées individuellement. Cela peut concerner des personnes originaires de régions en crise qui, en cas de retour dans leur pays, pourraient subir de graves préjudices en raison de la guerre, être exposées à des violences arbitraires ou à la torture. Ce nouveau statut de protection complémentaire pourra remplacer l'admission temporaire et la protection pourra être levée lorsque le danger a disparu. Un tel statut permet de stabiliser le séjour des personnes concernées. En outre, les personnes bénéficiant du nouveau statut de protection complémentaire doivent par principe avoir les mêmes droits que les réfugiés reconnus.

La CFM souligne également la nécessité d'avoir des voies d'accès sûres vers la Suisse. Il est possible d'en créer en participant aux programmes de réinstallation du HCR. Dans ce contexte, la Suisse s'engage à accueillir un certain nombre de personnes ayant particulièrement besoin de protection. La CFM demande instamment de pérenniser ces programmes.

La CFM souligne le rôle décisif de l'intégration rapide des réfugiés, le rôle important de la société civile en termes de collaboration avec les autorités, et la nécessité de mener une politique de migration cohérente.



« Rapport annuel 2022 »

Le rapport annuel de la Commission fédérale des migrations CFM est un outil important pour l'information du public au regard des activités et des positions de la CFM. Au cours de la rédaction du « rapport annuel 2022 », le produit a été analysé et a fait l'objet d'une nouvelle conception.



Conseils au Conseil fédéral, aux autorités, aux politiques et aux professionnels

En 2023, le travail de conseil politique à l'attention du Parlement, de l'administration et des autorités a été renforcé. La CFM a formulé de nombreuses recommandations, prises de position et avis ; elle a présenté des exposés et mené des entretiens de conseil.

Février 2023

- **Rencontre de la présidence et de la directrice avec la cheffe du département DFJP, la conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider**
Au début de l'année 2023, la présidence et la directrice du secrétariat de la CFM ont eu une rencontre avec la cheffe du département afin de faire connaissance et pour un premier échange. Un entretien fructueux avec la nouvelle conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider et le nouveau secrétaire général Stefan Hostettler a permis à la présidence d'informer sur le travail et le mandat de la CFM et d'entendre quels sont les objectifs et attentes de la conseillère fédérale.
- **Prise de position « Modifier la réglementation des cas de rigueur dans la LEI conduira à une plus grande égalité juridique pour les victimes de violence »**

Quand des ressortissants d'États tiers sont victimes de violence domestique, elles ou ils risquent de perdre leur droit de séjour en cas de dissolution du mariage ou de leur communauté familiale. De nombreuses victimes restent ainsi dans leur situation, de peur de perdre leur autorisation de séjour.

La Commission des institutions politiques du Conseil national CIP-N entend préciser et élargir la réglementation des cas de rigueur dans la loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) par une initiative parlementaire, afin de mieux protéger les personnes concernées. Elle souligne la position du Conseil fédéral qui, dans sa réponse au rapport sur la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul, stipule que toutes les personnes, indépendamment de leur titre de séjour, doivent avoir un droit de séjour en Suisse lorsque leur mariage est dissous en raison de violence domestique.



La CFM salue dans sa prise de position le pas franchi par la CIP-N, qui débouchera sur une plus grande égalité juridique et améliorera la protection des victimes.

Mars 2023

- **Échange avec les collaborateurs personnels de la conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider**

Les deux collaborateurs personnels de la conseillère fédérale, Lise Bailat et Claudio Marti ont assisté à la séance plénière de mars afin de se présenter et de se familiariser avec le travail de la Commission. En outre, la conseillère fédérale a assumé un rôle important lors de la conférence annuelle de la CFM.

- **Consultation sur le concept de mise en œuvre concernant la suppression du statut de protection S**

L'état-major spécial Asile avait mis en place une structure de projet dans laquelle les cantons et la Confédération étaient représentés. Cette structure devait préparer de manière proactive la suppression du statut de protection S. Il s'agissait d'une part de questions organisationnelles (par ex. défis techniques, comme les comptabilisations dans le SYMIC, questions pratiques sur l'organisation du départ et versement d'une éventuelle aide au retour) et, d'autre part, de questions relatives au retour auxquelles les autorités doivent répondre lors de la levée du statut de protection S (par ex. prise de décision de renvoi, création de voies de recours, dépôt de nouvelles demandes d'asile).

Le 29 mars, la CFM a participé à une séance d'information sur le projet « Levée du statut de protection S et retour » au Secrétariat d'État aux migrations SEM. La CFM a ensuite communiqué par écrit aux responsables ses réactions sur le concept de mise en œuvre. L'accent a été mis sur sa position dans le domaine du retour et de la formation. La CFM a saisi l'occasion pour faire part de ses préoccupations concernant l'encouragement de l'intégration et le retour en toute sécurité.

Avril 2023

- **Prise de position « Modification de la loi sur l'asile (sécurité et gestion dans les centres fédéraux) : pistes de solutions dans le domaine sensible des mesures disciplinaires et de contrainte »**

Ces dernières années, les centres fédéraux d'asile ont fait l'objet de critiques répétées concernant le recours à la violence par le personnel de sécurité envers les demandeurs d'asile. L'ancien juge fédéral Niklaus Oberholzer, qui a enquêté sur ces cas, a toutefois estimé qu'ils n'étaient pas systématiques. Il a néanmoins suggéré certaines adaptations en matière de sécurité. Le but des modifications de la loi sur l'asile qui sont à présent discutées est d'améliorer la sécurité dans ces centres.

Dans sa prise de position, la CFM regrette que le SEM n'ait pas examiné la possibilité d'assumer lui-même certaines tâches de sécurité et donc de renoncer à les confier à des tiers. D'un autre côté, la Commission juge positif que le SEM s'engage à fixer des normes de qualité pour les prestations de prise en charge et

de sécurité, à surveiller les prestataires, à mener régulièrement des contrôles de qualité et à garantir que les collaborateurs des tiers mandatés soient formés pour s'occuper des demandeurs d'asile.

Thomas Kunz a soumis cette prise de position au débat, lors de la séance plénière de mars 2023.

Juin 2023

- **Prise de position « Améliorations de l'admission provisoire au niveau de l'ordonnance »**

Après l'adoption par le Parlement de la modification de la loi sur les étrangers et l'intégration, qui prévoit d'améliorer l'intégration sur le marché du travail des personnes admises à titre provisoire et de limiter les voyages à l'étranger, le Secrétariat d'État aux migrations SEM a adapté l'ordonnance sur l'admission, le séjour et l'exercice d'une activité lucrative (OASA), l'ordonnance sur l'exécution du renvoi, de l'expulsion et de l'éloignement d'étrangers (OERE) et l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement (OA 2).

En juin 2023, la CFM a pris position sur les adaptations soumises à discussion. S'appuyant sur ses propres recommandations « Protection des personnes en fuite », la Commission a estimé que l'intégration sur le marché du travail des personnes admises à titre provisoire devait être facilitée, mais aussi que l'admission provisoire devait être remplacée par un nouveau statut de protection. La CFM a toutefois jugé que restreindre la liberté de voyager n'allait pas dans le bon sens. Selon elle, cette question doit être revue d'urgence par le Parlement.

Octobre 2023

- **Prise de position « Les jeunes sans permis de séjour ont besoin d'un meilleur accès à la formation professionnelle initiale »**

Les jeunes sans-papiers et les jeunes bénéficiant de l'aide d'urgence sont confrontés à des obstacles quasiment insurmontables sur le chemin de la formation professionnelle initiale. La Commission fédérale des migrations CFM a pris position sur le projet de modification de l'art. 30a de l'ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative OASA, qui vise à apporter des améliorations dans ce domaine. La CFM estime que les nouvelles mesures vont dans le bon sens, mais qu'elles sont trop timides pour avoir un impact suffisant.

La CFM souhaite que l'accès à la formation soit ouvert à tous les jeunes vivant en Suisse, même à celles et ceux ne disposant pas d'un permis de séjour.

Pour offrir à ces jeunes les mêmes chances que toutes les personnes du même âge, la CFM estime que les points suivants doivent être garantis :

- Les jeunes en situation de séjour irrégulier doivent bénéficier d'une sécurité de séjour pendant toute la durée de leur formation.
- Les jeunes sans-papiers doivent avoir la possibilité de déposer leur demande d'octroi d'un permis de séjour de manière anonyme.



- Les jeunes bénéficiant de l'aide d'urgence ont besoin d'un soutien à la fois pour accéder à la formation professionnelle initiale ainsi que pendant leur formation.

En outre, la CFM propose, sur cette problématique, un changement de perspective : s'éloigner de la politique des étrangers pour s'orienter vers une politique de formation équitable dans la société suisse de migration.

- **Audition du Contrôle parlementaire de l'administration (CPA) sur la question de la répartition des personnes requérantes d'asile entre les cantons**

Le Contrôle parlementaire de l'administration est le service d'évaluation de l'Assemblée fédérale. Il conduit des enquêtes et expertises sur mandat de la Commission de gestion (CdG) du Conseil national et du Conseil des États, ainsi que d'autres commissions parlementaires.

En janvier, le CPA a été chargé par la CdG d'évaluer la répartition des requérants d'asile entre les cantons. Lors d'une audition en octobre, la CFM a eu l'occasion de prendre position sur les questions du CPA.

Novembre 2023

- **Audition de la CFM dans le cadre de la deuxième consultation du groupe d'évaluation statut S**

Le 26 juin 2023, le groupe d'évaluation statut S a publié son rapport sous la direction de l'ancien conseiller

d'État Urs Hofmann. Dans ce rapport, il conclut qu'une solution collective était alors indispensable pour décharger le système d'asile. Cependant, le rapport a également mis en évidence des besoins d'adaptation, notamment en matière d'accueil des personnes en quête de protection et d'intégration. Dans le cadre d'un mandat complémentaire, le groupe d'évaluation a été chargé d'accompagner et d'évaluer la poursuite de la mise en œuvre du statut S et d'élaborer des bases en vue d'éventuelles révisions en lien avec le statut S et l'admission provisoire (statut F). Dès le début de ces travaux, en novembre 2023, la CFM a été invitée à participer à la consultation ; elle a pu y faire valoir, entre autres, ses recommandations sur la « protection des personnes en fuite ».

Décembre 2023

- **Visite de la secrétaire d'État Christine Schraner Burgener lors de la séance plénière de la Commission**

La secrétaire d'État Christine Schraner Burgener a rendu visite à la Commission lors de la séance plénière de décembre. Elle y a fait un exposé sur les défis de la politique migratoire en Suisse et en Europe et en a discuté avec les membres de la Commission. Ces derniers ont également saisi cette occasion pour évoquer avec la secrétaire d'État d'autres thèmes d'actualité relatifs à la politique suisse d'intégration et de migration, ainsi que des éventuelles solutions s'y rattachant.





Entretien du réseau, groupes de travail et conseils consultatifs

Les membres de la Commission, la directrice ainsi que les collaborateurs du secrétariat ont également apporté leur expertise en dehors des séances plénières, notamment dans le cadre de groupes de travail et de comités consultatifs.

Cours de préparation à l'université pour les réfugiés (Université de Zurich)

Représentation de la CFM : Elham Manea

L'Agenda Intégration Suisse IAS a été lancé en 2019. Son objectif est de permettre aux personnes en fuite et aux personnes admises à titre provisoire de prendre pied rapidement sur le marché du travail, en fonction de leur potentiel. L'Agenda pour l'intégration souligne l'importance de la formation pour l'insertion professionnelle. Les offres d'intégration au niveau tertiaire étant jusqu'à présent rares, l'Université de Zurich a développé le cours de préparation à l'université «START! Studium». L'offre s'adresse aux personnes en fuite qui, en raison de leur formation préalable, présentent un potentiel pour des études supérieures. Le cours les prépare sur le plan linguistique, technique et organisationnel à une formation de niveau tertiaire et les soutient dans leur passage à l'université. Afin d'assurer la qualité, le transfert de connaissances et la durabilité, le projet est accompagné scientifiquement et conseillé par un comité de pilotage interne et un comité consultatif externe – dans lequel la CFM est également représentée.

Forum national âge et migration

Représentation de la CFM : Ana Caldeira Tognola

Le Forum national âge et migration est une plateforme destinée à mettre en réseau, au niveau national, les grands acteurs des domaines de la santé, de la vieillesse, de l'intégration et de la migration. La CFM est un partenaire du Forum national âge et migration et participe activement à ses séances plénières. Le Forum œuvre à l'amélioration de la situation tant sociale que sanitaire des migrantes et migrants âgés en Suisse. Pour ce faire, il mène des activités de relations publiques, d'information, de formation ainsi qu'un travail de fond. Le but est de défendre les intérêts des aînés issus de la migration, de faire valoir leurs droits et de soutenir leur intégration en favorisant leur participation à la vie sociale. Parallèlement, le Forum vise à sensibiliser l'opinion publique, et plus encore les professionnels du domaine de la vieillesse, aux parcours et aux conditions de vie des migrants âgés.



Comité consultatif : Perspectives – Études

Représentation de la CFM :

Etienne Piguet et Bettina Looser

L'Union des étudiant-e-s de Suisse UNES est convaincue que l'égalité des chances dans l'accès à la formation supérieure doit également être garantie pour la partie de la population suisse qui a acquis sa formation académique préalable à l'étranger. Afin de mettre l'accent sur cette préoccupation, le projet «Perspectives – Études» a été lancé en 2016. Ce projet a un rayonnement national: un site web contenant des informations complètes sur l'accès aux hautes écoles a été mis en place. Le site s'adresse aux personnes en fuite intéressées par les études ainsi qu'aux accompagnateurs et aux spécialistes. Grâce à ce projet, l'UNES effectue en outre un travail de mise en réseau entre les différents projets de hautes écoles en Suisse ainsi qu'entre les acteurs des domaines de la formation, de la migration et de l'intégration. La CFM est représentée au sein du comité consultatif de ce projet depuis sa création.

Comité consultatif : INVOST – pré-études d'intégration dans les hautes écoles

Représentation de la CFM :

Etienne Piguet et Bettina Looser

Avec le programme «INVOST», l'Union des étudiant-e-s de Suisse (UNES) soutient les hautes écoles spécialisées régionales dans l'ancrage structurel d'offres transitoires pour les personnes qualifiées ayant fui leur pays. L'objectif est de leur permettre d'accéder à une formation correspondant à leur potentiel.

La Hochschule für Technik de la Fachhochschule Nordwestschweiz et la Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) participent à la phase pilote. Par la suite, le projet sera étendu à d'autres hautes écoles spécialisées. Avec INVOST, l'UNES effectue un travail de mise en réseau, soutient les hautes écoles spécialisées dans leur travail stratégique et encourage l'engagement bénévole des étudiants. À cela s'ajoute un financement initial des mesures d'encouragement et de préparation ainsi que l'accompagnement et l'évaluation des processus. Un comité consultatif, dans lequel la CFM est représentée, accompagne INVOST sur le plan technique, encourage la collaboration interinstitutionnelle et contribue à la multiplication et à la pérennisation des offres.

Autres comités consultatifs :

Représentation de la CFM : Bettina Looser

- Groupe d'accompagnement pour la mise en œuvre du postulat Marti Samira (20.4421) : étude du SEM sur le thème du bien-être de l'enfant dans le cadre du droit d'asile et des étrangers
- Comité consultatif NexSM (Social Media for Migration and Society) : étude transnationale (D/CH/OE) sur la numérisation et la migration
- Comité consultatif du « Conseil de l'avenir » de Pro Futuris (SGG et Unesco Suisse)
- Jury du fonds « Projets des hautes écoles » de perspectives études UNES
- Groupe d'accompagnement pour la mise en œuvre du postulat Mazzone Lisa (22.3397) : étude du SEM sur la naturalisation
- Jury ICI et comité consultatif de l'étude d'accompagnement ICI/Pour-cent culturel Migros
- Comité consultatif du Campus pour la démocratie de la Fondation Dialogue



Secrétariat

La CFM est une Commission extraparlamentaire composée de trente membres. Pour accomplir ses tâches, elle dispose d'un secrétariat.

Développement de l'organisation et des processus au sein du secrétariat

L'année dernière, sous la direction de Bettina Looser, le secrétariat a procédé à un vaste remaniement organisationnel avec la participation des collaborateurs. Ainsi, les profils et les tâches des collaborateurs scientifiques pour les politiques de migration et d'intégration se sont diversifiés. En parallèle, tous les processus de gestion ont été revus. Ceux-ci font désormais l'objet d'une collaboration interfonctionnelle au sein d'équipes de projet. Les activités de communication et tâches administratives ont été réorganisées et la collaboration avec les Archives fédérales a été intensifiée. Les méthodes de travail au sein du secrétariat ont été globalement adaptées pour favoriser des formes de travail agiles et dans le but de dynamiser les processus d'apprentissage et de développement internes.

Pour toutes les publications de 2023, les produits correspondants ont été repensés. Ceci vaut pour les « recommandations », les « évaluations », les « brochures de programme » en lien avec l'encouragement de l'intégration, le « rapport annuel » et les « publications sur les médias sociaux ». Des préparatifs ont été effectués pour la relance de la communication web prévue à partir de

2024. La mise en place de processus de développement internes exigeants au sein du secrétariat est déjà bien avancée. Diverses étapes, telles que la réorganisation du personnel et des fonctions, la refonte et la relance des programmes d'encouragement à l'intégration, ainsi que la réorganisation des tâches administratives, ont pu être atteintes en 2023.

Collaborateurs du secrétariat en 2023

Bettina Looser, Pascale Steiner, Byron Dowse, Lisa Marti, Pascal Fendrich, Christian Wyler, Aya Abbas, Elodie Morand, Sibel Opuz, Adrian Sansonnens, Dominique Zehntner



Membres

La durée du mandat des membres des commissions extraparlimentaires correspond à la durée de la législature du Conseil national. Il en résulte donc une élection générale tous les quatre ans.

Élection pour le renouvellement intégral pour la nouvelle législature 2024

La Chancellerie fédérale coordonne les travaux de préparation de l'élection générale avec les départements. La conseillère fédérale a pris la décision de proposer un président. Le secrétariat a soutenu l'ensemble de ces travaux.

Lors de sa séance du 22 décembre 2023, le Conseil fédéral a élu la nouvelle Commission et a nommé l'ancien conseiller d'État tessinois Manuele Bertoli comme nouveau président de la CFM.

Dans le cadre de ses fonctions politiques, Manuele Bertoli a beaucoup travaillé sur les questions de migration, en particulier sur la formation des jeunes générations de migrants et leur participation à la société. Il succède à Walter Leimgruber, qui quitte son poste après douze ans de mandat. Manuele Bertoli a proposé à la nouvelle Commission d'élire les membres Johan Rochel et Yvonne Riaño à la vice-présidence. Ils succéderont respectivement à l'actuel vice-président Etienne Piguet, qui se retire après douze ans, et à l'actuelle vice-présidente Elham Manea, qui se retire après quatre ans de mandat.

Membres de la Commission élus pour 2024–2027 :

Almedom, Veronica
 Bertoli, Manuele
 Caldeira Tognola, Ana Isabel
 Cheva, Sharon
 Efionayi-Mäder, Denise
 Galladé, Nicolas
 Gashi, Hilmi
 Götzö, Monika
 Huot, Jean-Claude
 Houssouba Gisler, Mohomodou
 Iseni, Bashkim
 Kläy, Dieter
 Kovic, Marko
 Kunz, Thomas
 Kurt, Ihsan
 Lanfranchi, Andrea
 Martynyuk, Olha
 Meier, Peter
 Rezende de Sousa, Camila
 Riaño, Yvonne
 Rochel, Johan
 Romano, Marco
 Sabbadini, Susanna
 Sajjadi Mäder, Khaleda
 Schneider, Michael
 Sivaganesan, Anusooya
 Tringale, Luisa
 von Rütte, Barbara
 Wey, Simon
 Zaugg, David

Membres sortants :

Celio-Panzeri, Anna
 Khalil, Mano
 Krasniqi Malaj, Albana
 Leimgruber, Walter
 Manea, Eltham
 Mateos, Inès
 Piguet, Etienne
 Restivo, Gaetana
 Sebeledi, Daniela
 Seidler-Garot, Iris
 Sigrist, Christoph
 Simona, Antonio
 Stolz, Sibylle
 Tschuor, Mariano
 Zeckra, Mandy



Citations tirées des discours de départ

La dernière séance plénière de l'année a aussi été l'occasion de prendre congé de la présidence et des membres sortants de la Commission. Dans ce contexte, les membres sortants ont été invités à faire part de leur rétrospective personnelle quant à leur travail au sein de la Commission et à l'évolution des politiques suisses de migration et d'intégration.

Migration ist Realität – wie wir sie gestalten, daran werden wir gemessen.

Mandy Zeckra

La cittadinanza, attraverso il diritto di voto e di partecipazione politica attiva, garantisce i diritti fondamentali e l'uguaglianza politica: elementi che sono alla base dell'integrazione e della libertà di ogni individuo. Nel dibattito politico svizzero si usa spesso la parola integrazione, ma poi le scelte vanno in tutt'altra direzione.

Gaia Restivo

Ich habe gelernt, dass die Integrations- und die Migrationspolitik nicht nur rein politische Angelegenheiten sind, sondern vor allem menschliche Herausforderungen, die Empathie, Verständnis und eine langfristige Vision erfordern. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft braucht gemeinsame Anstrengungen in vielerlei Hinsicht.

Anna Celio Panzeri

Es geht in unserer Arbeit immer um die Würde jedes Menschen und allen Lebens, nicht um deren Wert, Bewertung oder gar Abwertung. Wahr ist, dass jedem Menschen gleiche Würde in unterschiedlicher Prägung von Kultur, Religion und Lebensgestaltung zukommt. Warum? Jeder Mensch ist geburtlich, jeder Mensch ist sterblich. Wir alle leben in Migration, kommen von woher und gehen wohin.

Christoph Sigrist

Integration ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Leistungen der einzelnen Zugewanderten sowie der Engagierten, ob mit oder ohne Migrationserfahrung, sind riesig. Wir – und damit meine ich Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Unternehmen, staatliche Stellen – wir fördern die Chancengerechtigkeit aller Menschen durch die Anerkennung und Stärkung der Ressourcen der Einzelnen und durch den Abbau von Zugangshürden.

Sybille Stolz

En tant que Suisse, je crois aux valeurs d'accueil et d'humanisme de la Suisse. En tant que professionnelle, je constate sa force de transformation continue, ses besoins constants de se construire avec de la main-d'œuvre et des intelligences mixtes.

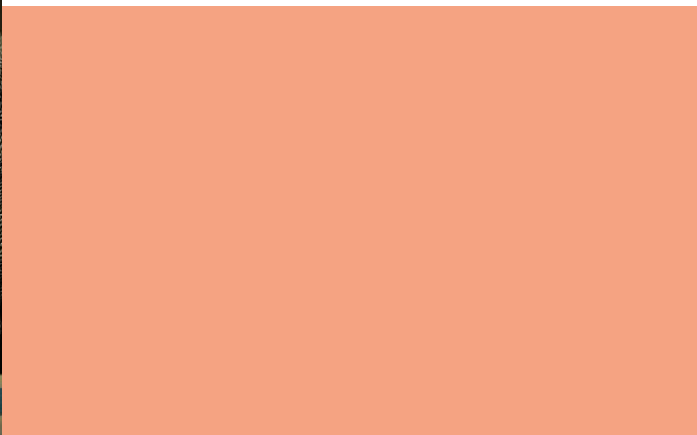
Albana Krasniqi-Malaj

Der grundsätzliche Widerspruch besteht darin, dass wir in der Schweiz einerseits Arbeits- und Fachkräfte brauchen – und uns diese auch holen. Wir befeuern seit über 60 Jahren damit ein intaktes, wirtschaftlich erfolgreiches, landesweites Businessmodell. Andererseits denken wir ständig darüber nach, wie wir Migration begrenzen wollen oder wie wir zumindest ein Zweiklassensystem aufrechterhalten können, das Migrantinnen nicht die gleichen Rechte zugesteht.

Inés Mateos

Migration kann nur erfolgreich sein, wenn alle Akteurinnen und Akteure zusammen an einem Strang ziehen. Und das wiederum kann nur funktionieren, wenn man alle Seiten in die Diskussion einbezieht und ernst nimmt. Auch die, deren Meinungen für uns nicht nachvollziehbar sind und uns nicht genehm erscheinen.

Iris Seidler Graf





Impressum

Éditrice

Commission fédérale des migrations CFM
Quellenweg 6, 3003 Berne-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Rédaction

Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti,
Pascal Fendrich

Graphisme

by Attitude AG, Visp

Copyright photos

Christina Baeriswyl : page de couverture, pages 11, 12, 13, 17, dernière page ; Les sujets des pages 11, 13 et 17 ont été développés à l'origine pour le Centre d'assistance aux migrantes et aux victimes de la traite des femmes (FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration).

Cecilia Bozzoli : page 16

Yoshiko Kusano : pages 3, 5, 6, 7, 8 / 9, 14, 18, 19, 21, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39

Kooni : page 10

Keystone-SDA (Frederic Cirou) : page 15

Daniel Sutter : page 25

Alex Uehlinger : pages 22, 23, 24, 26

